



Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)
**German Development
Institute**

Jahresbericht 2011 – 2012

Jahresbericht 2011 – 2012

*Brücken bauen zwischen
Theorie und Praxis*

Inhalt

Vorwort

- 6 Dirk Messner und Imme Scholz

Grußworte

- 8 Dirk Niebel
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- 10 Angelica Schwall-Düren
Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien
des Landes Nordrhein-Westfalen

Politikberatung und Strategie

- 14 Politikberatung am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE)
- 18 Mit Blick auf das Jahr 2030 – die neue DIE-Strategie für Forschung und Politikberatung

Forschung und Beratung

- 24 Was ist Armut? Der Correlation Sensitive Poverty Index (CSPI)
- 28 Die Post-2015-Entwicklungsagenda – Ein neuer Anlauf für internationale Kooperation
- 32 Internationale Demokratieförderung: Neue Chancen, alte Probleme
- 38 Das Wachstum der Neuen Mittelschichten in einer sich entwickelnden Welt
- 42 Die Risiken hoher globaler Liquidität für Entwicklungs- und Schwellenländer
- 48 Drei Prioritäten der Anpassungsfinanzierung
- 52 Global denken, global lernen – Ausbildung von Nachwuchsführungskräften

Service und Kommunikation

- 58 Von der Verwaltung zu den Serviceeinrichtungen
- 62 Entwicklungspolitische Kommunikation heute

Publikationen

- 68 Analysen und Stellungnahmen
- 70 Briefing Paper
- 72 Discussion Paper
- 74 Studies
- 75 Externe Buchveröffentlichungen

78 Organigramm und Impressum

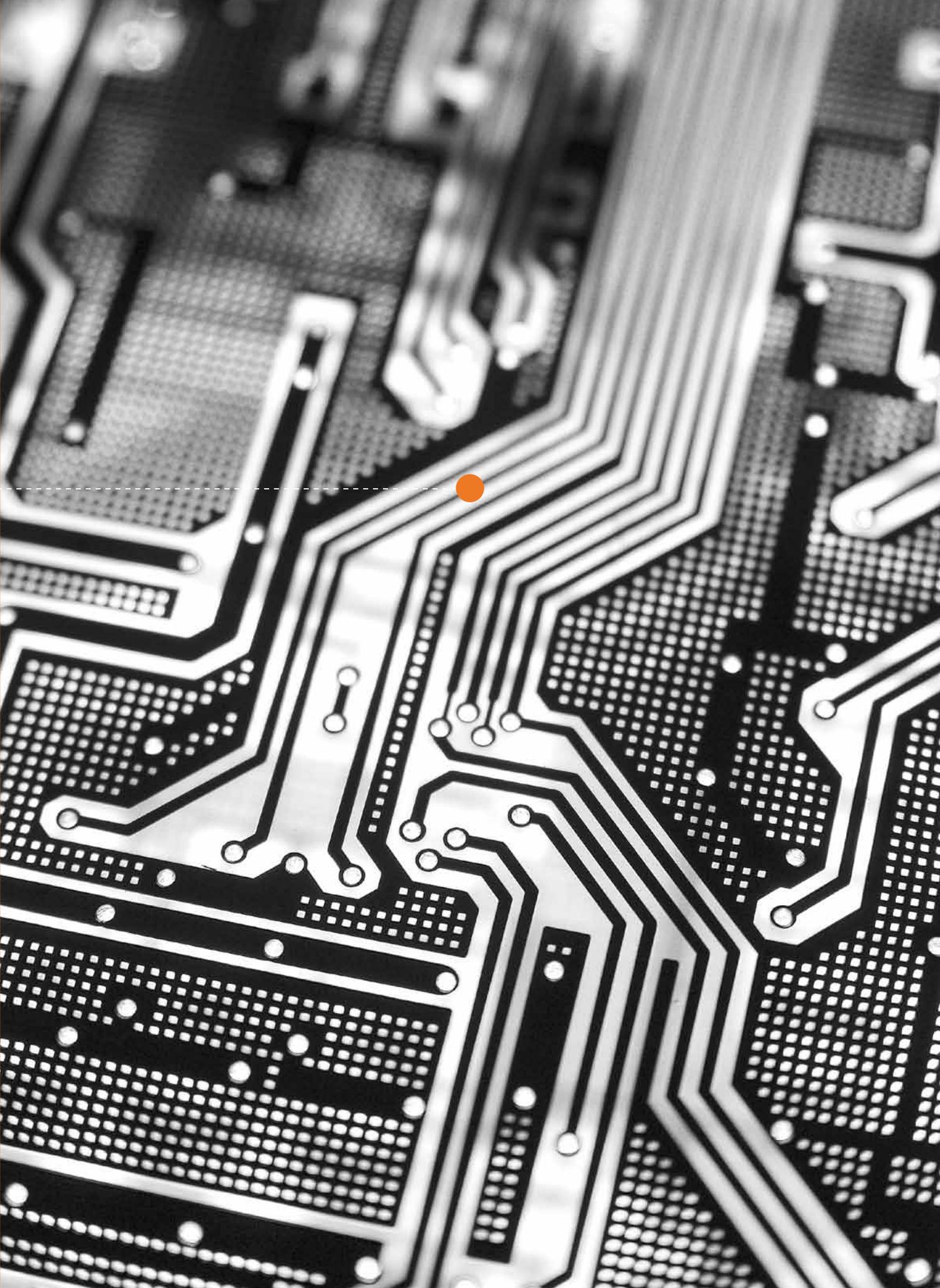
81 Kuratorium

Mitarbeiter

(im Umschlag)

wege.finden

Braucht Wissenschaft
Übersetzung?





Zwei Debatten sind in den vergangenen zwei Jahren zusammengefließen und sie werden uns auch in den kommenden zwei Jahren weiter beschäftigen: Die Debatte zur Entwicklungsagenda nach 2015, wenn die Millennium-Entwicklungsziele erreicht sein sollen, und die Debatte zu den Zielen nachhaltiger Entwicklung, die im Kontext des Rio+20-Gipfels aufgekommen ist. Dieses Zusammenfließen ist ein konfliktreicher Prozess, denn es geht nicht nur um die Prioritäten der internationalen Zusammenarbeit, sondern auch um Anpassungen an veränderte Realitäten.

Nicht alle Ziele der Millenniumsagenda werden 2015 erreicht sein, und Armut wird auch danach nicht von der Bildfläche verschwunden sein. Im Gegenteil: Sinkende Anteile am Nationaleinkommen in den unteren Einkommensgruppen und wachsende Ungleichheit sind ein zunehmendes Problem auch in alten Industrieländern. Dem Rio-Gipfel 2012 ist es nicht gelungen, gemeinsame Ziele einer global nachhaltigen Entwicklung zu vereinbaren; die Abschlusserklärung nennt 26 Handlungsfelder und an allererster Stelle die Bekämpfung der Armut, die Verbesserung des Zugangs zu Nahrung, Wasser und Energie. Diese vier Handlungsfelder könnten zum Kern einer neuen, globalen Agenda



für eine nachhaltige Entwicklung werden: weniger Armut und Ungleichheit weltweit.

Diese Agenda wäre aber nur dann wirklich zukunftsgerichtet, wenn es gelingt, globale Ziele zu definieren, die in *jedem* Mitgliedstaat der Vereinten Nationen zu sinnvollen Maßnahmen führen – in den armen Ländern geht es vordringlich um Versorgungs- und Zugangsprobleme, in den reichen Ländern darum, die Energiesysteme von der Zufuhr fossiler Primärenergieträger abzukoppeln und den Ressourcenverbrauch zu drosseln. Darüber hinaus muss es gelingen, die großen Schwellenländer in die Definition und Umsetzung dieser Agenda aktiv einzubinden – ohne ihre Erfahrungen, Kompetenzen und Ressourcen wird es nicht gelingen, global spürbare Verbesserungen zu erzielen und dabei gleichzeitig auch die ärmsten Entwicklungsländer mitzunehmen. Und schließlich müsste diese Agenda die laufenden Verhandlungsprozesse zur Sicherung öffentlicher globaler Güter, wie den Schutz des Klimas, der Biodiversität und der Ozeane, unterstützen und die Umsetzung vorhandener Beschlüsse voranbringen. Auch die Verhandlungen zur Welthandelsordnung gehören dazu: Das Welthandelssystem muss für den Transfer nachhaltiger Technologien durchlässiger wer-

links:

Dirk Messner

Direktor

rechts:

Imme Scholz

stellv. Direktorin

den und die internationale Versorgung mit Nahrungsmitteln und anderen Basisgütern so bewerkstelligen, dass es nicht zu negativen sozialen und ökologischen Folgewirkungen kommt.

Eine derartige Agenda wird für die Entwicklungspolitik nicht ohne Folgen bleiben: Auch ihre Agenda wird sich ändern müssen, ebenso wie ihre Formen der Zusammenarbeit. Die Chance dieser neuen nachhaltigen Entwicklungsagenda liegt darin, die Kooperation mit Entwicklungsländern auf eine Grundlage zu stellen, die auf den mittelfristigen Umbau von Wirtschaftsbeziehungen, den Abbau sozialer Ungleichheit und die Transformation der Infrastrukturen abzielt und dies als Aufgabe von Veränderungsprozessen weltweit begreift. Die jahrzehntelangen Erfahrungen der Entwicklungszusammenarbeit können darin ebenso gewinnbringend eingebracht werden wie öffentliche und private finanzielle Ressourcen, das Wissen von Universitäten und Forschungseinrichtungen und die technologischen Kompetenzen privatwirtschaftlicher Akteure, die ihr Kerngeschäft in diesem Transformationsprozess verorten.

Am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) werden Beiträge zur Lösung dieser globalen Zukunftsfragen erarbeitet. Auf der Grundlage eigener exzellenter Forschung engagieren wir uns in der Politikberatung und gestalten unsere Aus- und Fortbildungsangebote. Dabei arbeiten wir eng mit unseren

Partnernetzwerken aus Forschungseinrichtungen in Deutschland, Europa und weltweit zusammen. 2012 wurde das DIE zum vierten Mal in Folge von dem Expertengremium des *Global Go-To Think Tank Ranking* zu den Top 5 der entwicklungspolitischen Denkfabriken gezählt sowie zu den 20 Think Tanks mit den innovativsten politischen Ideen und Vorschlägen. Diese Ideen bringen wir in die Arbeit des *High-Level Panel* der Vereinten Nationen zur globalen Entwicklungsagenda nach 2015 ein sowie in die Wissenschaftlichen Beiräte der Weltbank und des Europäischen Entwicklungskommissars.

Neue Wege beschreitet das Institut in der Kooperation mit dem Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research an der Universität Duisburg-Essen. Das Kolleg ist das jüngste von zehn Käte Hamburger Kollegs, die durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung als internationales geisteswissenschaftliches Forschungskolleg gefördert werden und wurde vom Kulturwissenschaftlichen Institut Essen, dem Institut für Entwicklung und Frieden in Duisburg und dem DIE gegründet. Es befasst sich mit globaler Kooperation als Schlüssel zur effektiven und legitimen Bearbeitung dringender transnationaler Probleme und arbeitet mit internationalen Spitzenforscherinnen und -forschern, vor allem aus Entwicklungsländern. Mit einem anspruchsvollen interdisziplinären Forschungsprogramm sollen Ansätze aus den Sozialwissenschaften mit anderen aus der Psychologie sowie der Kognitions- und Verhaltensforschung in einen Dialog treten, um zu untersuchen, wie kulturelle Prämissen und Dynamiken emergenter *Global Governance*-Strukturen zu globaler Kooperation beitragen können.

Vielfältige Beispiele aus der Arbeit der engagierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am DIE finden Sie auf den folgenden Seiten. Das Institut wird dabei von seinen Gesellschaftern (der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Nordrhein-Westfalen) und dem Kuratorium tatkräftig unterstützt. Ihnen gilt an dieser Stelle unser Dank.



Bundesminister Dirk Niebel

Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Die Jahre 2011 und 2012, die dieser Jahresbericht abdeckt, waren ein Zeitraum beispielloser Veränderungen und Innovationen auf allen Ebenen der deutschen Entwicklungspolitik. Sie ist in dieser Legislaturperiode zu neuen Ufern aufgebrochen und wurde zu einer werte- und interessengetriebenen Zukunftspolitik umgestaltet. Diese Dynamik brachte neben den weithin wahrgenommenen organisatorisch-institutionellen Reformen auch einen konzeptionellen und paradigmatischen Modernisierungsschub mit sich, den ich an dieser Stelle noch einmal schlaglichthaft darstellen möchte.

Wir haben:

- die Wirksamkeit und Effizienz der deutschen und internationalen Entwicklungspolitik entscheidend gesteigert, sowohl durch einen tiefgreifenden strukturellen Umbau des deutschen EZ-Systems, als auch durch aktive Einflussnahme auf internationale Organisationen und Prozesse.
- einen großen Sprung in Richtung politische Steuerung und Kohärenz des deutschen ODA-Beitrags erreicht;
- die deutsche Entwicklungspolitik insgesamt auf strategische Schlüsselsektoren für zukunftsfähige

Entwicklung hin fokussiert (Gute Regierungsführung und Menschenrechte, Bildung und Ausbildung, Gesundheit, ländliche Entwicklung, Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz, Wirtschaftliche Zusammenarbeit);

- vielfältige neue Synergie-Potentiale in der Zusammenarbeit mit Privatwirtschaft, Kirchen, Stiftungen und Zivilgesellschaft erschlossen und damit die Entwicklungspolitik sichtbarer in der Mitte der Gesellschaft verankert;
- erstmals ein ressortübergreifendes Afrika-Konzept beschlossen und Afrika als Schlüsselregion deutscher Entwicklungspolitik besonders unterstützt;
- die Entwicklungszusammenarbeit mit Globalen Entwicklungspartnern auf eine neue Qualitätsstufe gehoben.
- das entwicklungspolitische Engagement in fragilen Staaten im Sinne einer Friedensinvestition ausgebaut.

Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) hat diesen Modernisierungsschub vom Anfang dieser Legislaturperiode an eng begleitet – mal wohlwollend, mal kritisch, aber stets konstruktiv, inspirierend und wissenschaftlich solide fundiert. Erneut hat es sich

dabei bewährt, dass Deutschlands erster Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der heute über alle Parteigrenzen hoch geschätzte Walter Scheel, das DIE 1964 nicht als weisungsgebundene Bundesoberbehörde, sondern als unabhängige Forschungseinrichtung gegründet hat. Damit hat Walter Scheel das DIE unter den besonderen Schutz der Freiheit von Wissenschaft und Forschung gestellt, wie sie in Artikel 5, Absatz 3, Satz 1 unseres Grundgesetzes festgelegt ist.

Die christlich-liberale Bundesregierung nimmt diese Verpflichtung sehr ernst. Mit dem Entwurf für ein neues Wissenschaftsfreiheitsgesetz, dessen Inkrafttreten unmittelbar bevorsteht, stärken wir die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer vielfältigen außeruniversitären Forschungslandschaft, indem wir sie vom engen Korsett zunehmend kontraproduktiv gewordener Regulierungs- und Bewirtschaftungsvorschriften befreien.

Beide Gesellschafter des DIE – der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen – sind zudem nie der Versuchung erlegen, die Höhe ihrer institutionellen Förderung für das DIE vom Grad der Gefälligkeit und politischen Opportunität seiner Forschungsergebnisse zu machen. Im Gegenteil: Durch den kräftigen Ausbau der projektgebundenen Förderung – zusätzlich zur stabilen und verlässlichen institutionellen Förderung – hat die Bundesregierung in den zurückliegenden Jahren entscheidend dazu beigetragen, das DIE dauerhaft in der engsten Weltspitze der entwicklungspolitischen Denkfabriken zu etablieren. Dass das DIE zum dritten Mal in Folge in gleich zwei Kategorien unter die *Top Five* des *Global Go-To Think Tank Report* gekommen ist, legt dafür ebenso beredtes Zeugnis ab wie die herausragenden Ergebnisse der DIE-Evaluierung durch den Wissenschaftsrat sowie die Berufung von Professor Dr. Dirk Messner in höchstrangige Beratergremien von EU und Weltbank.

Ich freue mich auch sehr, dass Professor Dr. Messner nicht gezögert hat, sich der deutschen *Eminent Person* für die Fortschreibung der globalen Entwicklungsagenda, Herrn Bundespräsidenten a. D. Professor Dr. Horst Köhler,

als Berater und wissenschaftlicher Ideengeber zur Verfügung zu stellen. Dadurch gewinnt die deutsche Stimme in diesem wichtigen internationalen Diskurs zusätzlich an Resonanz.

Der nächste Jahresbericht des DIE wird im Jubiläumsjahr 2014 erscheinen. Dann begeht das Institut – drei Jahre nach dem BMZ – seinen 50. Geburtstag. Ich bin voller Hoffnung und Vorfreude, dass wir bis dahin einen weiteren kräftigen Grund zum Feiern haben werden: die mögliche Aufnahme des DIE in die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz. Ich bin sehr froh, dass sich die Leitung des Instituts meine Anregung zueigen gemacht hat, mit einem Antrag auf Aufnahme in diesen Spitzenverbund von derzeit 86 deutschen Forschungseinrichtungen die gewachsene Exzellenz des DIE in Forschung, Beratung und Ausbildung weithin sichtbar dokumentieren und künftig auf höchstem Niveau verstetigen zu können. Dem DIE würden sich durch die Mitgliedschaft in der Leibniz-Gemeinschaft vielfältige neue Kooperations- und Wettbewerbsformate eröffnen, die die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Instituts von den Zuwendungen seiner Gesellschafter entscheidend stärken könnten.

Mit dem Sonderprogramm für Bildung und Forschung sowie mit dem neuen Wissenschaftsfreiheitsgesetz hat die Bundesregierung die Grundlagen für eine nachhaltige Stärkung gerade der außeruniversitären Forschung, Lehre und Beratung in Deutschland gelegt. Wenn das DIE die sich daraus bietenden Chancen weiterhin entschlossen nutzt, ist seine Zukunft in der weltweiten *Champions League* der Entwicklungsforschung weit über sein Jubiläumsjahr hinaus gesichert. Ich jedenfalls freue mich schon jetzt auf den runden Geburtstag des DIE und bin mir sicher, dass wir dann gemeinsam ausgiebig Grund zum Feiern haben werden!



Angelica Schwall-Düren

Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Rio-plus-20-Gipfel ist vorbei, für viele mit enttäuschenden Ergebnissen. Nun steht eine „Post-2015-Agenda“ auf der politischen Tagesordnung, in der es viele parallel laufende Prozesse und Zielsysteme zu koordinieren gilt: den Rio-plus-20-Folgeprozess, die Umsetzung der Ergebnisse der UNCTAD-Konferenz in Busan, die Weiterentwicklung der MDG, die UN-Klimakonferenz und nicht zuletzt die Doha-Entwicklungsagenda, die nach dem Abbruch der Verhandlungen in Genf 2008 wieder aufgenommen werden soll. Es kommt jetzt darauf an, diese verschiedenen Stränge so miteinander zu verknüpfen, dass sie Synergien entfalten und nicht nebeneinander oder gar gegeneinander wirken.

Mit der Konferenz von Busan Ende 2011 ist es gelungen, die traditionelle Rollenteilung zwischen „Gebern“ und „Nehmern“ ein Stück weit zu überwinden und auch wirtschaftlich erfolgreiche Schwellenländer sowie Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft in die „Globale Partnerschaft für wirksame Entwicklungszusammenarbeit“ einzubinden, ohne das Prinzip der „aid effectiveness“, Kernanliegen der „Paris Declaration“ 2005 und der „Accra Agenda for Action“ 2008, völlig aufzugeben.

Die neue Partnerschaft ist zwar bislang nur in Umrissen erkennbar, aber sie wird an Dynamik gewinnen

und muss von Anfang an durch ein Ziel- und Indikatoren-system zur Überprüfung der Fortschritte in der Umsetzung begleitet werden. Und nicht zuletzt muss sie mit den anfangs erwähnten anderen internationalen Entwicklungsprozessen verbunden werden.

Ohne eine wirksame Unterstützung der Wissenschaft ist dies nicht leistbar. Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) hat seinen Ruf als einer der weltweit führenden entwicklungspolitischen „think tanks“ in den letzten beiden Jahren weiter gefestigt. Mit seinem fundierten Fachwissen und seiner weiter gewachsenen internationalen Vernetzung ist es bestens für die wissenschaftliche Begleitung dieser internationalen Prozesse geeignet. Politikberatung ist und bleibt die Kernaufgabe des DIE.

Mit der Veranstaltung „Sustainable Development Goals: From ‘silo thinking’ towards an integrated approach“ hat das DIE in Kooperation mit der Europäischen Kommission einen bemerkenswerten Side Event zur Rio+20-Konferenz im Juni 2012 beigesteuert und wichtige Impulse gegeben, in welche Richtung sich eine nachhaltige globale Entwicklungspolitik bewegen sollte.

Im Abschlussdokument von Rio 2012 „Die Zukunft, die wir wollen“ ist die Bereitschaft erkennbar,

nachhaltige Entwicklungsziele über 2015 hinaus zu implementieren, mit denen eine nachhaltige und menschenwürdige globale Entwicklung zielorientiert weiter voran gebracht wird. Das Land Nordrhein-Westfalen will mit seiner Eine-Welt-Politik einen eigenen Beitrag zu diesem Prozess leisten.

Dazu gehört auch, dass wir die Lebensverhältnisse im eigenen Land mit den Anforderungen an eine globale nachhaltige Entwicklung in Einklang bringen.

Die 3. Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik im Januar 2012, die von der Landesregierung gemeinsam mit dem DIE und anderen Partnern veranstaltet wurde, hat den Blick dafür geöffnet, in welchem Maße Lebensstile und Konsummuster in den reichen Ländern des Nordens in ihrer kollektiven Wirkung die Verhältnisse in Entwicklungs- und Schwellenländern beeinflussen. Die Konferenz hat deutlich gemacht, dass eine globale nachhaltige Entwicklung nur möglich ist, wenn es gelingt, in Nord und Süd entwicklungsfreundliche Lebensstile einzuführen, die nicht nur das Privileg einer aufgeklärten und gut situierten Minderheit sind, sondern Eingang in die alltäglichen Konsumgewohnheiten breiter Bevölkerungsschichten finden.

Als Europaministerin des Landes Nordrhein-

Westfalen hat es mich besonders gefreut, dass das DIE nun auch auf der europäischen Ebene präsent ist und vor wenigen Wochen die Landesvertretung Nordrhein-Westfalens in Brüssel als Bühne genutzt hat, um gemeinsam mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung eine viel beachtete Diskussionsveranstaltung zum Thema „Arabischer Frühling“ mit den Schwerpunkten Demokratie und Menschenrechte zu veranstalten. Dieses gemeinsame Engagement von Landesregierung und DIE auf dem Brüsseler Parkett soll kein einmaliger Vorgang bleiben.

Der nun vorliegende Jahresbericht ist ein Beleg für die hohe Qualität der Institutsarbeit und macht nachvollziehbar, warum das DIE nach wie vor zu den führenden entwicklungspolitischen „Denkfabriken“ weltweit gezählt wird und diese Position sogar weiter ausbauen konnte. Für das Land Nordrhein-Westfalen ist die Anwesenheit des DIE ein wichtiger Baustein in unserem Engagement für die Eine Welt und für die Stärkung des internationalen Standortes Bonn.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DIE für die engagierte Arbeit in den zurückliegenden zwei Jahren und wünsche dem Jahresbericht eine große öffentliche Aufmerksamkeit und Wirkung.

wege.weisen

Schlägt die Forschung
Wellen oder zieht sie
große Kreise?



Politikberatung am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Ein wichtiges Motiv für die Forschungsarbeiten am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) ist, ihre Ergebnisse für strategische Entscheidungsprozesse in der Entwicklungspolitik nutzbar zu machen. Die Nachfrage nach strategischer Politikberatung durch das DIE ist in den vergangenen zwei Jahren hoch gewesen: Die Frage, wie und in welchen Bereichen zukünftig mit Entwicklungsländern zusammengearbeitet werden sollte, bewegt die deutsche wie die internationale Entwicklungspolitik, andere Ressorts und selbstverständlich auch Nichtregierungsorganisationen.

Das DIE hat an diesen Debatten auf verschiedenen Ebenen teilgenommen. Einige Beispiele: Dirk Messner wurde in wissenschaftliche Beratungsgremien der Weltbank und des europäischen Entwicklungskommissars berufen; auf Bitten des BMZ hat das DIE das neue entwicklungspolitische Konzept des BMZ von 2011 mit Vertreterinnen und Vertretern deutscher und europäischer Universitäten, Forschungseinrichtungen und *Think Tanks*

diskutiert; Imme Scholz, Ines Dombrowsky und Alejandro Guarín haben die Politikempfehlungen des Europäischen Entwicklungsberichts von 2012 in Deutschland und anderen europäischen Ländern sowie bei der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank vorgestellt, der sich mit Fragen des breitenwirksamen und nachhaltigen Managements von Wasser, Energie und Land befasst. Im Kontext der beginnenden Debatte zur internationalen Entwicklungsagenda nach 2015 und der Rio+20-Konferenz haben sich zahlreiche Mitglieder des DIE an der deutschen und europäischen Diskussion darüber beteiligt, in welchem Verhältnis Armutsbekämpfung und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in der zukünftigen strategischen Ausrichtung der internationalen Zusammenarbeit stehen sollten. Diese Themen standen auch bei den Anfragen von kirchlichen Werken und Nichtregierungsorganisationen im Zentrum.

Wenn die Ergebnisse unserer Forschungsarbeiten mit den Anforderungen der politischen Praxis kon-

frontiert werden, fragen wir uns immer wieder selbst, was sozialwissenschaftliche Politikberatung leisten kann (und was nicht). Wolfgang Streeck, Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, hat sich die Frage nach dem Nutzen sozialwissenschaftlicher Politikberatung auch gestellt. Er stellt fest, dass sich Politikerinnen und Politiker aus nachvollziehbaren Gründen nicht für theoretische Erklärungen interessieren, sondern für Erklärungen, die „für sie von praktischer Bedeutung“ sind und die sich auf Ursachen beziehen, die „mit politischen Mitteln so beeinflusst werden können, dass sich ihre Wirkungen in eine gewollte Richtung verändern“. Was sich so klar anhört, zeigt bei seiner Umsetzung erhebliche Tücken, denn menschliche Gesellschaften verhalten sich nicht nach allgemeinen Gesetzen, sondern sind Unikate, in denen eine Vielzahl von Faktoren auf einmalige Art und Weise zusammenwirken. Bestimmte allgemeine Aussagen sind möglich, beispielsweise dass es in einer Marktwirt-

schaft Konjunkturzyklen gibt. Wie konkrete Gesellschaften darauf reagieren, ist allerdings einzigartig. Geht es damit in der Sozialwissenschaft also nur noch um das Messen, Zählen und Beobachten von Einzelfällen? Für die einzelnen Gesellschaften (und die für ihre Wohlfahrt mitverantwortliche Politik) ist eine genaue Beschreibung der gesellschaftlichen Wirkungen von Politik nicht trivial. Aber, so Streeck, die Sozialwissenschaften können durchaus mehr: Sie können der Politik „Zugang zu einem umfangreichen, so gut wie möglich geordneten Erfahrungsspeicher verschaffen“. Mit diesem Erfahrungsschatz können sie die Politik vor Risiken warnen sowie auf langfristige Folgen bestehender Trends und auf Zielkonflikte hinweisen. Und sie können, mit Blick auf positive Erfahrungen in anderen Ländern und Gesellschaften, ermutigen, das Handeln zu verändern.

Zwei Beispiele unserer Politikberatung aus den Jahren 2011 und 2012 illustrieren die Leistungsfähig-

keit unserer sozialwissenschaftlichen Forschung für die Entwicklungspolitik.

Armutsbekämpfung ist das große klassische Ziel der Entwicklungspolitik – aber was ist Armut? Wie misst man Einkommen, Gesundheit, Bildung, Lebenserwartung und ihre Wechselwirkungen? Mit diesen Fragen hat sich Nicole Rippin befasst und einen neuartigen Index entwickelt, der erfasst, dass arme Haushalte in mehreren Bereichen gleichzeitig Mangel leiden können und wie diese zusammenhängen. Denn es macht einen großen Unterschied, ob ein Haushalt mit unzureichendem Zugang zum Bildungssystem gleichzeitig beispielsweise auch mangelhaften Zugang zum Gesundheitswesen hat. Dies misst der *Correlation Sensitive Poverty Index* (CSPI). Damit hat Nicole Rippin den multidimensionalen Armutsindex verbessert, der 2010 vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) eingeführt worden war. Eine ausführliche Beschreibung des CSPI findet sich ab Seite 24. Rippin

hat ihren Index bei den Statistikern des UNDP ausführlich vorgestellt, und sie wurde auch vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung eingeladen, um auf der Grundlage ihres Indexes einen multidimensionalen Armutsindex speziell für Deutschland zu entwickeln, den *German Correlation Sensitive Poverty Index* (GCSPi).

Der Aufstieg der großen dynamischen Entwicklungsländer in Weltwirtschaft und -politik ist eine der zentralen neuen Herausforderungen für die Entwicklungspolitik. Die Kooperation mit ihnen bleibt wichtig, aber der klassische Rahmen der EZ will nicht dazu passen. Das DIE hat ein Partnernetzwerk mit Forschungseinrichtungen aus acht großen Schwellenländern aufgebaut, um diesen Aufstieg zu beobachten und für die vielfältigen Kooperationsbeziehungen Deutschlands und Europas nutzbar zu machen. Dieses Netzwerk steht im Kontext des *Managing Global Governance*-Programms, das gemeinsam mit der GIZ im Auftrag des BMZ durchgeführt wird. Gemeinsames

Die Internationale Ausrichtung des DIE



Forschungsthema der vergangenen zwei Jahre waren die Strategien, die in Brasilien, China, Indien, Südafrika und Mexiko im Rahmen der Süd-Süd-Zusammenarbeit konzipiert werden. An welchen Prioritäten und Effizienzparametern orientieren sich die Kooperationsprogramme dieser Schwellenländer? Gehen sie von der Kooperation oder der Konkurrenz mit den OECD-Gebern aus? Thomas Fues (DIE), Sachin Chaturvedi (RIS, Indien) und Elizabeth Sidiropoulos (SAIIA, Südafrika) haben die erste Buchveröffentlichung weltweit zu diesem Thema herausgebracht (siehe Seite 75), und sie haben ihre Ergebnisse 2012 bei der Sitzung des Development Cooperation Forum der Vereinten Nationen in New York vorgetragen. Darauf aufbauend hat das DIE einen

erstmalig durchgeführten Think-Tank-Workshop im VN-Sekretariat mitgestaltet, bei dem der Entwurf des nächsten International Development Cooperation Report zur Diskussion gestellt wurde.

Diese Beispiele zeigen, dass Entwicklungsforschung Erkenntnisse generieren kann, die auch für Politikfelder jenseits der Entwicklungspolitik von Bedeutung sind und dass sie sich gewinnbringend mit den neu entstehenden Mustern der Kooperation befassen kann – ein Befund, der nicht erstaunt, angesichts der eingangs genannten ökonomischen und politischen Machtverschiebungen im internationalen System, die auch die kommenden Jahrzehnte prägen werden.

Imme Scholz

Dr. Imme Scholz ist Stv. Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE). Sie ist Soziologin und hat an der Freien Universität Berlin promoviert.

Ihre Forschungsarbeit konzentriert sich auf verschiedene Fragen an der Schnittstelle zwischen Umwelt und Entwicklung.

Forschung
 strategische Entscheidungsprozesse
 Beratung
 Ausbildung
 Kooperation
 Entwicklungspolitik

Mit Blick auf das Jahr 2030 – die neue DIE-Strategie für For- schung und Politikberatung

Mit seiner neuen Strategie positioniert sich das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) als exzellentes Forschungszentrum für globale Entwicklung, internationale Zusammenarbeit und nationale Entwicklungs Herausforderungen in Nicht-OECD-Ländern. Einschneidende Veränderungen wirtschaftlicher, politischer und ökologischer Natur zwingen uns zu einer Neujustierung unserer Ansätze: in der Forschung und Ausbildung zum Beispiel durch den Ruf nach Interdisziplinarität, und in der Politik durch eine Neuordnung der sektoralen Arbeitsteilung zwischen Ministerien und die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der globalen, nationalen und regionalen Ebene im Prozess politischer Entscheidungsfindung. Darüber hinaus steht unsere Strategie für neue Anstrengungen, synthetisierende Ergebnisse auf systematischere Weise als bisher zu erzeugen.

Im Folgenden stellen wir fünf Narrative vor, die den Rahmen der abteilungsübergreifenden Institutsarbeit bilden. Wir reagieren damit auf globale dynamische

Trends, die in den nächsten zwei Jahrzehnten zu einem radikalen (nicht inkrementellen) Wandel führen und damit die Voraussetzungen nationaler Entwicklung modifizieren werden. Diese Narrative stützen sich auf detaillierte Forschungs- und Beratungsprogramme der fünf Forschungsabteilungen des DIE.

Welche weltweiten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen halten die kommenden Jahrzehnte für uns bereit? Was bedeuten sie für unser Politikfeld und unsere Forschungs- und Beratungsarbeit? In den vergangenen 30 Jahren hat die Globalisierung Wirtschaftsstrukturen verändert, Bewegung in die Wohlstandsverteilung gebracht und zu steigenden globalen Einkommen geführt, und diese Entwicklung wird anhalten. Mit ihr verbunden sind globale Machtverschiebungen hin zu einer multipolaren Welt und an manchen Orten auch nationale Bewegungen gegen herrschende Eliten. Diese globalen Prozesse schaffen Chancen für nationale Entwicklungsfortschritte. Stei-

gende Einkommen in Entwicklungsländern und ihre wachsenden Anteile an der weltweiten Wirtschaftsleistung machen dies deutlich.

Verstärkt wurden die Machtverschiebungen der vergangenen Jahre durch die Finanzkrise, die Nordamerika und Europa erschüttert hat und deren Auswirkungen angesichts einer ungewissen wirtschaftlichen Erholung in Europa noch nicht abzusehen sind. Ohne ihren regionalen Fokus zu verändern, befasst sich die Entwicklungsforschung nun nicht mehr ausschließlich mit armen Ländern, sondern auch mit den neuen Gravitationszentren der Weltwirtschaft, in die sich die großen dynamischen Schwellenländer gerade verwandeln.

Hohe Wirtschaftswachstumsraten und Einkommenszuwächse in Entwicklungsländern sind mit steigenden Energie- und Ressourcenverbräuchen verbunden. Die gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten haben ein Ausmaß erreicht, das ökologische Kipp-Punkte signalisiert. Folgt man dem Nobelpreisträger Paul Crutzen, so leben wir im Anthropozän – einem Erdzeitalter, in dem geologische Veränderungen auf die kumulative Wirkung menschlicher Aktivität zurückzuführen sind. Wenn unumkehrbare gefährliche Umweltveränderungen vermieden werden sollen, müssen die materiellen Auswirkungen der Weltwirtschaft in einem für Ökosysteme unschädlichen Rahmen bleiben. Das erfordert politische Programme und Maßnahmen, die Wohlstandsmehrung, Armutsreduzierung, Demokratie und Stabilität innerhalb der Grenzen unseres Planeten halten – damit bewegen wir uns auf einem bisher unbekanntem Terrain, das es zu erkunden gilt.

Der Erfolg von Entwicklungsprozessen hängt damit – national wie global – nicht nur von fundierter makroökonomischer Politik, Sozialpolitik und effektiver Governance ab, sondern auch davon, ob wir die damit zusammenhängenden Umweltprobleme bewältigen. Ziel ist es, Wohlergehen zu fördern und dabei die Rebound-Effekte wirtschaftlichen Wachstums und steigender Einkommen zu vermeiden. Diese Aufgabe wird zu Spannungen auf nationaler Ebene führen. Dabei geht es um die Frage, wie Kurz- und Langzeitnutzen, soziale, wirtschaftliche und ökologische Ziele zu gewichten sind.

Die Aufgabe bedeutet nicht zuletzt eine enorme Herausforderung für die internationale Zusammenarbeit, die diese Spannungen in ärmeren Ländern abbauen soll und zunehmend auf einen erfolgreichen Übergang zu Nachhaltigkeit in alten und neuen wohlhabenden Ländern angewiesen sein wird.

Vor diesem Hintergrund haben wir fünf Entwicklungsnarrative identifiziert, auf die wir uns in den Jahren 2013 bis 2018 konzentrieren werden:

1. *Armutsmuster im Wandel*: Die globale Verteilung von Armut und ihre Merkmale befinden sich im Wandel. Der Anteil der Armen an der wachsenden Weltbevölkerung sinkt. Zugleich steigt die absolute Zahl der Armen weltweit weiter an. Der Rückgang der weltweiten Armut geht fast ganz auf das Konto Chinas, und Einkommensungleichheit ist fast überall auf dem Vormarsch. In manchen Ländern scheint die extreme Armut überwunden zu sein, in anderen verfestigt sie sich. Auf der Forschungsagenda des DIE im Bereich Armut stehen der Vergleich der Armutsminderungsleistung verschiedener Muster wirtschaftlicher Entwicklung, Schlussfolgerungen für armutsorientierte Politik und Untersuchungen, auf welche Weise Armut und Ungleichheit mit verschiedenen Ausprägungen von Staatlichkeit, Demokratie und Governance verknüpft sind. *Lesen Sie auch: „Was ist Armut? Der Correlation Sensitive Poverty Index (CSPI)“, ab Seite 24.*

2. *Nachhaltigkeitsorientierte Transformation in Entwicklungsländern*: Für Entwicklungsländer stellt die Vereinbarkeit wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Ziele eine besondere Herausforderung dar. Zu den Leitfragen unserer Forschung zählen in diesem Zusammenhang: Was verstehen wir unter nachhaltigkeitsorientierter Transformation und wie wird sie gemessen? Welche Faktoren fördern eine nachhaltigkeitsorientierte Transformation, und worin besteht die politische Ökonomie eines transformativen Wandels? Wie können Entwicklungsländer mit Synergien und Zielkonflikten hinsichtlich der verschiedenen Ziele einer nachhaltigkeitsorientierten Transformation umgehen? Forschungsschwerpunkte sind die Sektoren

Landwirtschaft, Wasser, Forstwirtschaft und erneuerbare Energien.

3. Transformation internationaler Zusammenarbeit – von Entwicklungshilfe zu globalen öffentlichen Politiken: Die klassische Unterscheidung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, Gebern und Empfängern gilt zunehmend als überholt. Für viele Partnerländer verliert Entwicklungszusammenarbeit an Bedeutung, weil sie mit wachsendem Wohlstand unabhängiger von externen Zuschüssen werden. Unser Hauptziel ist es, neue Kooperationsformen zu identifizieren und die erfolgversprechendsten Möglichkeiten internationalen kollektiven Handelns zur Bereitstellung (globaler) öffentlicher Güter aufzuzeigen, die diese neuen Realitäten widerspiegeln. Besonderes Gewicht wird auf „Global Economic Governance“-Reformen liegen, darunter die Regulierung ausländischer Direktinvestitionen und der Finanzmärkte. Sehr hilfreich ist dabei die Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern des Käte Hamburg Kollegs/Centre for

Global Cooperation Research, eines Gemeinschaftsvorhabens des DIE, der Universität Duisburg-Essen und des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen. *Lesen Sie auch: „Die Post-2015-Entwicklungsagenda – ein Neuanfang für die internationale Zusammenarbeit“, ab Seite 28.*

4. Die Zukunft demokratischer Regierungsführung: Auf lange Sicht gesehen befindet sich Demokratie auf dem Vormarsch. Gleichwohl sind viele Forschungsfragen um die Ursprünge, das Potenzial und die Persistenz demokratischer Regierungsführung keineswegs gelöst. Vielfach werden politische Phänomene gegensätzlich gedeutet. Das DIE wird erstens die internationale Diffusion demokratischer bzw. autokratischer Strukturen untersuchen. Zweitens wird es die Entwicklungswirkungen demokratischer Regierungsführung analysieren. Und drittens werden Fragen der *Multi-Level-Governance* aus dem Blickwinkel demokratischer Regierungsführung behandelt, um zu erschließen, ob und wie demokratische Verfahren und Instrumente das Problemlösungs-

Unsere fünf strategischen Narrative

Armutsmuster im Wandel	Nachhaltigkeitsorientierte Transformation in Entwicklungsländern	Transformation internationaler Zusammenarbeit	Die Zukunft demokratischer Regierungsführung	Die Entwicklungswirkungen der neuen Mittelschichten
Die Expertinnen und Experten des DIE analysieren, wann und wie sich wirtschaftliches Wachstum auf Armutsreduzierung auswirkt, mit einem Schwerpunkt auf dem Vergleich von verschiedenen Arten ökonomischer Entwicklung und der Ableitung von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung.	Die Forschung am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) konzentriert sich auf die Frage, wie eine Transformation zur Nachhaltigkeit gemessen werden kann und was ihre finanziellen und technologischen Implikationen sind.	Das DIE erforscht neue Formen der Kooperation und vielversprechende Ansätze zur gemeinschaftlichen Bereitstellung globaler öffentlicher Güter, wie Klima- und Umweltschutz oder finanzielle Stabilität.	Die Forschungsagenda des DIE konzentriert sich auf die internationale Verbreitung demokratischer und autokratischer Strukturen, die Entwicklungseffekte demokratischer Regierungsführung und die Frage, ob und wie in der Regierungsführung in Mehrebenen-Systemen demokratische Elemente deren Fähigkeiten zur Problemlösung verbessern.	Die Expertinnen und Experten am DIE beschäftigen sich mit dem Phänomen der aufsteigenden globalen Mittelschichten an sich und mit ihrem Einfluss auf den Wandel nationaler und internationaler Politik.

potenzial von *Multi-Level-Governance* steigern. Lesen Sie auch: „*Internationale Demokratieförderung: neue Möglichkeiten, alte Probleme*“, ab Seite 32.

5. Die Entwicklungswirkungen der neuen Mittelschichten: Wenn sich die aktuellen wirtschaftlichen Trends fortsetzen, werden 2030 ungefähr zwei Drittel der globalen Mittelschichten in Asien leben und nur noch 20 Prozent in den heutigen OECD-Ländern. Dieses Narrativ beschreibt ein neues Forschungsfeld, in dem Expertise erst aufgebaut werden muss. Zu untersuchen sind zum Beispiel der Umfang und die

Bedeutung der neuen Mittelschichten vor dem Hintergrund unterschiedlicher nationaler Definitionen und Einkommensklassen, die Implikationen für nationale Veränderungsprozesse und die Konsequenzen für die internationalen Beziehungen. Lesen Sie auch: „*Das Wachstum der neuen Mittelschichten in Entwicklungsländern*“, ab Seite 38.

Diese Forschungsagenda versetzt das DIE in die Lage, in den nächsten Jahren wertvolle Beiträge zu den Paradigmenwechseln in Entwicklungstheorie und -praxis zu leisten.

Dirk Messner und Imme Scholz

Dr. Dirk Messner ist Direktor des DIE, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen, Stv. Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats globale Umweltveränderungen (WBGU) und Co-Direktor des Käte Hamburger Kollegs/Centre for Global Cooperation Research.

Dr. Imme Scholz ist Stv. Direktorin des DIE. Sie ist Soziologin und hat an der Freien Universität Berlin promoviert. Ihre Forschungsarbeit konzentriert sich auf verschiedene Fragen an der Schnittstelle zwischen Umwelt und Entwicklung.





wege.verbinden

Sich verstricken
oder intelligente
Verbindungen für seine
Ziele nutzen?

Was ist Armut?

Der Correlation Sensitive Poverty Index (CSPI)

Was ist Armut? Lange wurde Armut als mangelndes Einkommen gemessen. Befürworter argumentieren, dass Einkommen ein geeigneter Indikator für ökonomische Ressourcen ist, die zur Befriedigung der zahlreichen Grundbedürfnisse des Menschen zur Verfügung stehen. Diese Vorgehensweise erscheint plausibel, ist jedoch sehr umstritten: Gerade in Entwicklungsländern haben arme Bevölkerungsgruppen oft nur eingeschränkten Zugang zu Märkten, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen – insbesondere wenn es sich um öffentliche Güter wie Gesundheit und Bildung handelt. Immer häufiger wurden in der Fachliteratur daher multidimensionale Ansätze zur Armutsmessung verfolgt.

Den ersten Schritt auf internationaler Ebene hat das UN-Entwicklungsprogramm gemacht: Im Bericht über die menschliche Entwicklung (*Human Development Report* – HDR) wurde 2010 der an der Universität Oxford entwickelte „multidimensionale Armutsindex“ (*Multidimensional Poverty Index* – MPI)

eingeführt. Der MPI unterscheidet sich von anderen Indices darin, dass er nicht auf Grundlage nationaler Durchschnittswerte, sondern auf Basis von Haushaltsdaten berechnet wird. Das macht die Berechnung aufwändiger und schwieriger, birgt aber gleichzeitig einen großen Vorteil: Durchschnittswerte können nicht erfassen, dass arme Menschen in der Regel in zahlreichen Armutsdimensionen gleichzeitig Mangel leiden. Diese Art von simultanen Entbehrungen können lediglich mit Haushaltsdaten erfasst werden. Gerade dieser Aspekt hat die Möglichkeit Armut zu messen einen großen Schritt weitergebracht.

Der MPI misst Armut in den drei Dimensionen „Gesundheit“, „Bildung“ und „Lebensqualität“. Diese werden mit insgesamt zehn Indikatoren erfasst. Wer in mehr als 33 % der Summe der gewichteten Indikatoren Mangel leidet, gilt als arm nach MPI-Maßstab. Sein Wert ermittelt sich als der Durchschnitt dieser Summe in der armen Bevölkerung. Aufgrund dieser

Der Aufbau des *Multidimensional Poverty Index* (MPI)

Drei Dimensionen von Armut

Gesundheit	Kindersterblichkeit	Im Haushalt ist mindestens ein Kind gestorben, bevor es sein 18. Lebensjahr erreicht hat
	Ernährung	Mindestens eine Person im Haushalt ist unterernährt
Bildung	Schuljahre	Kein Haushaltsmitglied ist mindestens 5 Jahre lang zur Schule gegangen
	Schulbesuch	Mindestens ein Kind im Haushalt in schulfähigem Alter besucht nicht die Schule
Lebensqualität	Brennstoff	Der Haushalt kocht mit gesundheitsschädlichen Materialien (Stroh, Dung, Holz, Kohle, etc.)
	Toilette	Die Toilette des Haushalts ist unhygienisch (offen und ohne Spülung) oder wird geteilt
	Wasser	Die Wasserquelle des Haushalts ist ungeschützt oder mehr als 30 Minuten entfernt
	Elektrizität	Der Haushalt hat keinen Zugang zu Elektrizität
	Fußboden	Der Fußboden des Haushalts besteht aus Sand, Erde oder Dung
	Materielle Güter	Der Haushalt besitzt keinen PKW und höchstens eins von 7 Gütern (Radio, Telefon, Handy, etc.)

Quelle: Eigene Darstellung

sehr einfachen Berechnungsweise erfreut sich der MPI ausgesprochener Popularität. Der Umgang des MPI mit simultanen Entbehrungen ist jedoch zu einfach: dadurch, dass er sich lediglich aus deren Durchschnittswert errechnet, kann er Ungleichheiten innerhalb der armen Bevölkerungsgruppe nicht erfassen. In wie vielen Dimensionen ein Haushalt arm ist, spielt für den MPI keine Rolle. Ganz praktisch bedeutet das, dass Armut *per definitionem* in jedem beliebigen Land dann am schnellsten und kostengünstigsten gesenkt werden kann, wenn alle armutsreduzierenden Maßnahmen auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Haushalte abzielen, die sich direkt unterhalb der Armutsgrenze befinden. Eine solche Vorgehensweise verschärft existierende Ungleichheiten, die nicht nur nachteilig für Wachstum, Armutsreduktion und menschliche Entwicklung allgemein sind, sondern darüber hinaus den Nährboden für soziale Spannungen und Konflikte bereiten.

Ohne Frage, der MPI hat die internationale Armutsmessung einen entscheidenden Schritt vorangebracht. Was aber muss geschehen, um Ungleichheit fördernden Politiken entgegenzuwirken? Eine Antwort hat die Autorin mit der Entwicklung eines neuen multidimensionalen Armutsindex gefunden, der die Vorzüge des MPI teilt, darüber hinaus aber in der Lage ist, Ungleichheiten zu erfassen. Es handelt sich um den *Correlation Sensitive Poverty Index* (CSPI). Wie der MPI zählt auch der CSPI die Indikatoren, in denen jeder Haushalt Mangel leidet. Anstatt aber den Durchschnitt dieser Summe zu bilden, führt der CSPI einen zusätzlichen Gewichtungsfaktor pro Haushalt ein. Dieser Gewichtungsfaktor hängt von der (gewichteten) Zahl der Entbehrungen ab, mit denen ein Haushalt zu kämpfen hat. D. h., je größer die Entbehrungen, desto höher der Gewichtungsfaktor des Haushalts.

Ein solcher Gewichtungsfaktor ist essentiell um zu verhindern, dass sich politische Entscheidungsträger

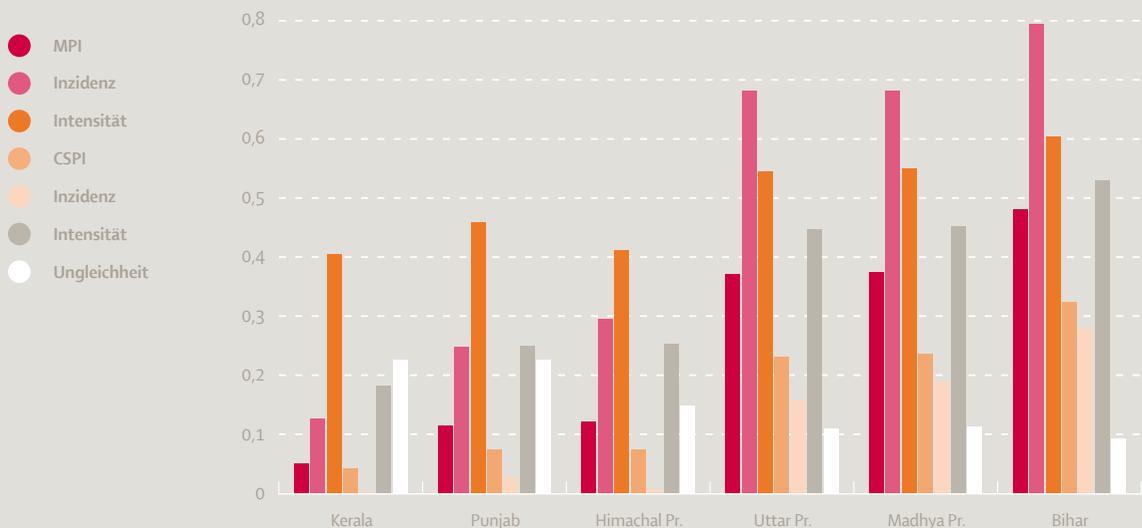
unverhofft in einer Situation wiederfinden, in denen sich ihre eigentlich als *Pro-Poor* geplante Politikmaßnahme als klar *Anti-Poor* erweist. Denn nur durch ihn führt eine Maßnahme, die einem ärmeren Haushalt Güter entzieht um sie einem weniger armen zuzuweisen, zu einer Erhöhung des Armutsindex. Als einfaches Beispiel soll eine bildungspolitische Maßnahme dienen, die Lebensmittelsubventionen kürzt um stattdessen zusätzliche Schulbusse anschaffen zu können. Hiervon sind zwei arme Haushalte betroffen. Der erste kann sich die Transportkosten zur Schule nicht leisten, der zweite lebt am Existenzminimum und investiert alle Ressourcen in Nahrungsmittel. In Folge der Maßnahme ist der erste Haushalt nun in der Lage, seine Kinder einzuschulen. Der zweite Haushalt dagegen rutscht durch die Subventionskürzungen unter das Existenzminimum und kann nun seine Kinder nicht mehr ausreichend ernähren. Ohne Gewichtungsfaktor gibt es keinerlei Änderung in den Armutszahlen. Die Politikmaßnahme scheint ein voller

Erfolg: bei gleich bleibender Armut wurde die Einschulungsquote erhöht. Bereits dieses einfache Beispiel zeigt die Dringlichkeit eines Gewichtungsfaktors, der die Armutszahlen aufgrund der Maßnahme steigen lassen und auf die Verschlechterung der Lebensbedingungen des zweiten Haushalts aufmerksam machen würde.

Wie hoch der Gewichtungsfaktor letztlich ist, wird von den politischen Entscheidungsträgern bestimmt. Statt der willkürlichen Wahl eines Schwellenwertes (von 33 % oder einer anderen beliebigen Prozentzahl), existiert für diese Wahl eine klare theoretische Richtlinie: Je größere Bedeutung Ungleichheit geschenkt werden soll, desto höher sollte der Faktor gewählt werden. So können bspw. Länder mit starken Budgetrestriktionen die Wahl des Faktors dazu gebrauchen, ihre knapp bemessenen Hilfsleistungen gezielt den Bedürftigsten zugutekommen zu lassen.

Durch seine Sensitivität in Bezug auf Ungleichheit kommt der CSPI einer ausdrücklichen Forderung des

Vergleich MPI und CSPI



Quelle: Eigene Grafik

Nobelpreisträgers Amartya Sen nach, der wiederholt darauf hingewiesen hat, dass die beiden Komponenten i) *Armutsinzidenz* (der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung) und ii) *Armutintensität* (die durchschnittliche Zahl der Entbehrungen) aus denen sich der MPI zusammensetzt, allein keine adäquate Informationsbasis für die Armutsmessung darstellen. Jeder „vernünftige“ Armutindex muss darüber hinaus auch in der Lage sein, über *Armutungleichheit* (die Verteilung der simultanen Entbehrungen in der armen

Bevölkerungsgruppe) Auskunft zu geben. Der CSPI ist ein solcher „vernünftiger“ Armutindex, der in der Lage ist, alle drei Komponenten abzubilden, wie das Schaubild illustriert. Die indischen Bundesstaaten Kerala und Himachal Pradesh bspw. haben nur geringe Armutsinzidenz. Dennoch sollten beide unterschiedliche Politikansätze verfolgen, denn während in Kerala Ungleichheit das vorwiegende Problem ist, ist es in Himachal Pradesh die Armutintensität.

Nicole Rippin

Nicole Rippin ist Ökonomin und Doktorandin an der Universität Göttingen. Seit 2006 arbeitet sie am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Ein von ihr entwickelter Armutindex brachte ihr

u. a. Einladungen zu Forschungsaufenthalten an der Universität Oxford, dem *Human Development Report Office* (HDRO) und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Ungleichheit
 Correlation Sensitive Poverty Index
 Multidimensional Poverty Index
 Armut
 Messung

Die Post-2015-Entwicklungsagenda – Ein neuer Anlauf für internationale Kooperation

2015 sollen die Millenniumsentwicklungsziele (*Millennium Development Goals* – MDGs) der Vereinten Nationen (VN) durch eine neue globale Agenda für Entwicklung ersetzt werden. Die Bilanz der MDGs und der Prozess zur Bestimmung der neuen Entwicklungsziele geben Anlass zu Optimismus: Auch in politischen und wirtschaftlichen Krisenzeiten scheint die Einigung auf eine neue globale Entwicklungsagenda möglich.

Die MDGs prägen die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) seit ihrer Einführung maßgeblich. Sie haben Entwicklungspolitik öffentlichkeitswirksam in der globalen Staatengemeinschaft verankert. Weitere positive Auswirkungen der MDGs – etwa die Verbesserung von Lebensbedingungen in Entwicklungsländern und gestiegene Ausgaben für EZ – lassen sich daraus allerdings nur indirekt ableiten. Obwohl die Wirkung der MDGs auf der Ebene einzelner Länder umstritten ist und die MDGs als Zielkatalog viel kritisiert wurden, gelten sie insgesamt dennoch als ein erfolgreiches

Instrument der EZ. Das Interesse und die Erwartungen an Nachfolgevereinbarungen sind deshalb entsprechend hoch.

Für die Bestimmung einer neuen Agenda hat sich bereits eine Vielzahl von Akteuren positioniert. Doch ist bislang unklar, auf welche der Vorschläge für ein neues Rahmenwerk die internationale Gemeinschaft sich wird einigen können. Sicher ist, dass die Bedingungen für internationale Kooperation schwieriger geworden sind.

Vor dem Hintergrund der andauernden globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und regelmäßig scheiternder internationaler Abkommen herrscht Skepsis, dass mit der Post-2015-Agenda eine Einigung auf ein neues globales Rahmenwerk für internationale Kooperation erzielt werden kann. Zum Beispiel machen die Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation seit über einem Jahrzehnt keine Fortschritte mehr. Die internationalen Klimaverhandlungen treten auf

Die Vereinten Nationen haben im Jahr 2001 acht Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) ausgerufen. Jedes der MDGs besteht aus mehreren Teilzielen deren Erreichen

überwiegend anhand von festgelegten quantitativen Zielgrößen überprüft werden kann.



Quelle: UNDP Brazil

der Stelle. Nicht wenige sehen daher die internationale Kooperation in der Krise.

Tatsächlich zeichnen sich bereits im Prozess der Zielfindung für eine Post-2015-Agenda politische Differenzen ab. Innerhalb der VN sind institutionelle Parallelstrukturen geschaffen worden. Zunächst hatte VN-Generalsekretär Ban Ki-moon ein hochrangiges Panel aus Experten einberufen, um ein Nachfolgekonzept der MDGs zu erarbeiten. Die Rio+20-Konferenz beschloss jedoch auf Bestreben der G77 die Schaffung einer weiteren Expertengruppe zur Erarbeitung von nachhaltigen Entwicklungszielen. Während beide Gruppen eine ähnliche Aufgabenstellung für einen vergleichbaren Zeitrahmen haben, ist ihre Arbeitsteilung unklar. Dies gibt Anlass zur Sorge, ob an den Erfolg der MDGs angeknüpft werden kann.

Es ist jedoch nicht das erste Mal, dass die Weltgemeinschaft vor scheinbar unüberwindbaren Hindernissen zur Vereinbarung einer Entwicklungsagenda

steht. Bereits im Jahr 2000, unmittelbar vor Verkündung der MDGs, waren die Voraussetzungen ungünstig. In einer Reihe internationaler Konferenzen in den 1990er Jahren hatte es sich als schwierig erwiesen, einen Konsens zu Prioritäten der EZ zu finden. Zudem waren seit Ende des Kalten Krieges EZ-Gelder weggefallen. Eine Einigung auf globale Entwicklungsziele erschien damals unwahrscheinlich.

Bereits kurz nach ihrer Ausrufung gerieten die MDGs u. a. aufgrund ihres unverbindlichen Charakters in die Kritik. Gerade die Unverbindlichkeit globaler Ziele auf Basis freiwilliger Verpflichtungen erwies sich jedoch im Nachhinein als Vorteil. Diese Flexibilität könnte auch im heutigen politischen Klima die Konsensbildung zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern fördern. Um diesen Konsens in Bezug auf eine globale Post-2015-Agenda zu erreichen, sollten alle beteiligten Akteure insbesondere in drei Bereichen an den Erfahrungen der MDGs anknüpfen:

1. Bewährtes Zielsystem ausbauen: Die Post-2015-Agenda kann inhaltlich an ein bewährtes Zielsystem anschließen. Die Mehrzahl der MDGs enthalten quantitative Indikatoren, die sozialen Fortschritt – insbesondere in den Bereichen Armutsreduzierung, Bildung und Gesundheit – dokumentieren. Die Messbarkeit von Entwicklungsfortschritten hat mobilisierende Wirkung; sie stärkt die Rechenschaftspflicht. Ein quantitatives Zielsystem sollte daher beibehalten und weiter ausgebaut werden.

2. Internationalen Dialog stärken: Bei der Ausarbeitung der MDGs waren vor allem staatliche Akteure und Experten in Industrieländern die Antriebskräfte. An der Entwicklung der Post-2015-Agenda nimmt heute bereits eine breitere Öffentlichkeit teil. Ein weltweiter Konsultationsprozess mit Regierungen, NROs, Privatwirtschaft, Wissenschaft und *Think Tanks* schafft die Voraussetzungen dafür, dass eine Vielfalt von Akteuren die Grundwerte der Agenda teilt. Damit besitzt der Prozess zur Bestimmung der Post-2015-Agenda schon jetzt eine

größere Legitimität als es bei den MDGs der Fall war. Dieser Dialog muss fortgeführt und gestärkt werden.

3. Inklusive und nachhaltige Entwicklung zum Leitbild machen: Insbesondere Entwicklungsländer kritisieren die MDGs dafür, außer dem unzureichend präzisierten MDG-8 keine Zielvorgaben für Industrieländer zu beinhalten. Viele Politiken der Industrieländer, etwa ihre Handels- und Wirtschaftspolitik, haben jedoch enorme Auswirkungen auf die Entwicklung in ärmeren Ländern. Etliche Entwicklungsländer fordern deshalb, dass eine Post-2015-Agenda über Entwicklungszusammenarbeit hinausgeht und internationale Politiken als solche gestaltet. Weiterhin werden die MDGs kritisiert, wichtige Themenfelder – etwa Klimawandel oder soziale Ungleichheit – nur ungenügend zu berücksichtigen. Daher sollte ein umfassenderes Konzept von inklusiver und nachhaltiger Entwicklung in Bezug auf internationale Kooperationsziele zum Leitbild einer Post-2015-Entwicklungsagenda werden.

Elemente für eine Post-2015-Entwicklungsagenda

Die Erfahrung mit den MDGs zeigt, dass insbesondere drei Elemente für die Einigung auf eine Post-2015-Entwicklungsagenda wichtig sind: Der Ausbau eines bewährtes Zielsystems, die Stärkung internationalen Dialogs und die Festlegung auf inklusive und nachhaltige Entwicklung als Leitbild.



Viele Fragen zur politischen Konsensfähigkeit einzelner Entwicklungsziele sind noch offen. Das DIE beteiligt sich mit seinen Forschungs- und Beratungsarbeiten am internationalen Zielfindungsprozess. So befasst sich etwa der im Frühjahr 2013 erscheinende Europäische Entwicklungsbericht, den das DIE gemeinsam mit

ECDPM und ODI verfasst, mit der Post-2015-Agenda und macht Vorschläge zur Ausgestaltung eines Rahmenwerks, das dem ambitionierten Leitbild inklusiver und nachhaltiger Entwicklung folgt und auch in Krisenzeiten internationale Kooperation vorantreiben soll.

Florence Dafe und Heiner Janus

Florence Dafe, Politökonomin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung“. Ihre derzeitigen Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Entwicklungsfinanzierung und politische Ökonomie von Zentralbankpolitik.

Heiner Janus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Bi- und multilaterale Entwicklungspolitik“. Seine derzeitigen Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Post-2015 Entwicklungsagenda und Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit.



Internationale Demokratieförderung: Neue Chancen, alte Probleme

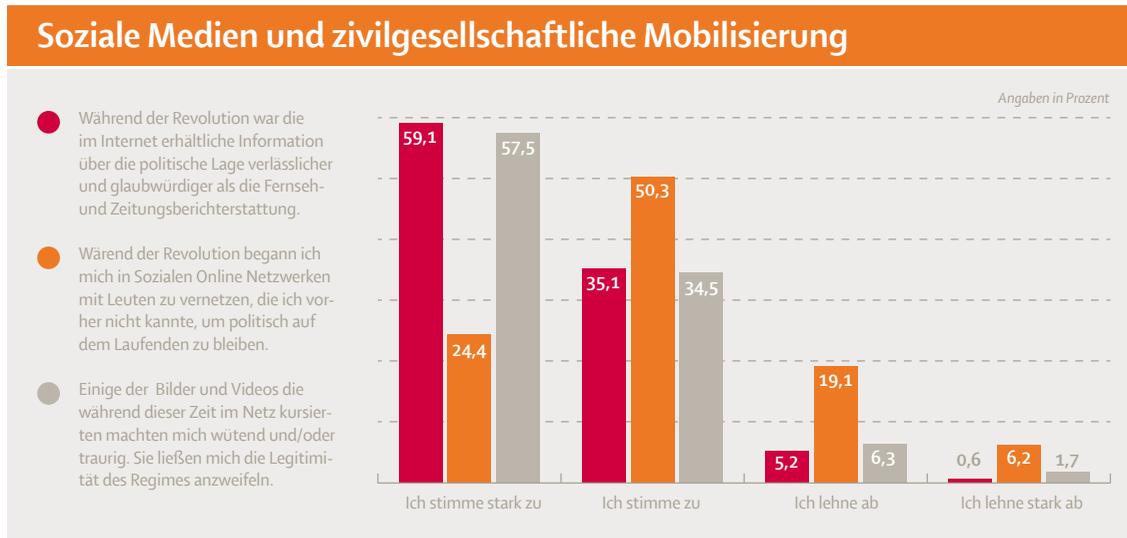
Der „Arabische Frühling“ hat einmal mehr die Attraktivität politischer Freiheit demonstriert. Diese Entwicklung kam überraschend, weil viele Autokratien als äußerst stabil gegolten hatten, und weil sie die Kraft von sozialen Bewegungen und neuen Medien offenbarte. Die ungeahnten Dynamiken des „Arabischen Frühlings“ eröffnen auch neue Chancen für internationale Demokratieförderung. So stellen sich Diplomaten sowie Praktiker der staatlichen und nicht-staatlichen Entwicklungszusammenarbeit ähnliche Fragen zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten: Welche Rolle spielen externe Faktoren bei der Etablierung und Konsolidierung demokratischer Institutionen und Menschenrechtsstandards? Zu welchem Grad und mit welchen Mitteln kann die internationale Gemeinschaft Demokratie und Menschenrechte von außen fördern? Was im Kontext der „Arabellion“ in neuem Gewand erscheint, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung größtenteils als altes Phänomen. Doch wer

Demokratie und Menschenrechte im arabischen Raum und anderswo unterstützen will, muss die neuartigen Chancen erkennen und sich gleichzeitig altbekannten Problemen stellen.

Der Trend zu immer stärker netzwerkbasierter Kommunikationsstrukturen in einer globalisierten Gesellschaft birgt ein enormes Potenzial für die politische Mobilisierung gesellschaftlicher Akteure. Dank sozialer Online-Netzwerke haben sich die Kommunikationskosten für die Zivilgesellschaft dramatisch reduziert. Auch dem individuellen Internetnutzer bieten Facebook, Twitter & Co. Zugangsmöglichkeiten zu politischer Partizipation und erleichtern die individuelle Einschätzung von Protestbewegungen. Im Arabischen Frühling zeigte sich, dass solche alternativen Kommunikationskanäle die Kontrolle autoritärer Regime über den Prozess der öffentlichen Meinungsbildung deutlich einschränken. Das Internet bietet somit einen Raum, in dem sich oppositionelle Netzwerke und

Im Rahmen eines Forschungsprojektes zum Thema „Soziale Medien und zivilgesellschaftliche Mobilisierung“ führte das

DIE im Frühjahr 2012 eine Online Umfrage unter 600 tunesischen Internetnutzern durch.



Quelle: Eigene Darstellung

dissidente Diskurse formieren können. Anders als in den traditionellen Medien, lebt die dezentrale Kommunikation in den sozialen Online-Netzwerken in erster Linie von den Beiträgen individueller Nutzer. Während autoritäre Regime weiterhin die Möglichkeit haben, Propagandaschlachten in den staatlich kontrollierten Medien auszutragen, können sie gegen das wachsende Heer von Bürgerjournalisten weniger ausrichten. Das von Bürgerjournalisten bereit gestellte Material hat das Potenzial, sich im Netz wie ein Lauffeuer zu verbreiten und kann wesentlich zur Bildung kollektiver Identitäten beitragen.

Neue Kommunikationstechniken erleichtern die Koordination zwischen geografisch entfernten Gruppen und eröffnen somit Möglichkeiten für grenzüberschreitendes kollektives Handeln. Erfolgreiche Strategien der politischen Mobilisierung werden oftmals durch die Kommunikation zwischen international vernetzten Aktivisten in umliegende Nachbarländer „exportiert“ und dort in das strategische Repertoire sozialer Bewe-

gungen integriert. Jedoch sind solche Nachahmungsprozesse nicht auf die Zivilgesellschaft beschränkt. Auch herrschende Eliten erlernen und imitieren erfolgreiche Strategien ihrer Nachbarn. Die Innenminister der arabischen Länder erörtern seit den 1980er Jahren Wege zur Stabilisierung ihrer autokratischen Regime, hierzu zählen auch Strategien der Kommunikationskontrolle im Internet.

Im Lichte des „Arabischen Frühlings“ bekennen sich mehr und mehr Geber offen zur aktiven Demokratieförderung. Sie betonen zudem die Notwendigkeit, ihren Fokus auf nichtstaatliche Gruppen zu legen. Diese Neuausrichtung politischer Agenden birgt Chancen und Probleme.

In der Demokratieförderung sind erhebliche Zweifel angebracht, ob die starke Fokussierung auf prodemokratische, zivilgesellschaftliche Akteure sinnvoll ist. Wenn der Aufbau einer „nachhaltigen Demokratie“ unterstützt werden soll, wird man nicht

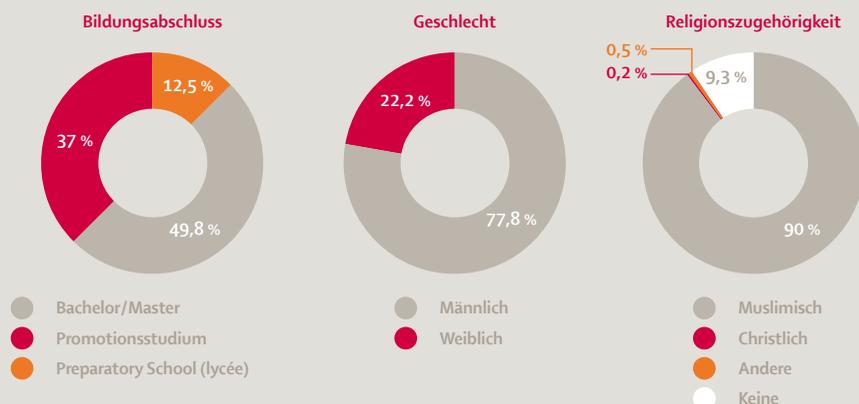
ohne die Entwicklung rechenschaftspflichtiger und repräsentativer staatlicher Institutionen auskommen. Zudem entpuppt sich die Identifizierung von Akteuren, die gewissenhaft und nachhaltig für die Öffnung eines autoritären Regimes und für Demokratisierung stehen, immer wieder als schwierig. Dabei stellt sich in autoritären Kontexten die Beurteilung der Glaubwürdigkeit politischer Akteure als große Herausforderung dar. Inwiefern sich hinter demokratischer Rhetorik entsprechende Werte und Einstellungen verbergen, zeigt sich in der Regel erst im langwierigen Verlauf von Demokratisierungsprozessen. Setzen externe Akteure also primär darauf, sich vor oder während einer Umbruchphase zu engagieren, fördern sie zwangsläufig auch Kräfte, die sich zu einem späteren Zeitpunkt als Nicht-Demokraten entpuppen können. Zusätzliche Risiken für die Demokratieförderung ergeben sich, wenn eine starke externe Unterstützung von Oppositionskräften in autoritären Kontexten kontraproduktiv wirkt: Diese

Gruppen können entweder in den Augen der Bevölkerung diskreditiert oder vom autoritären Regime für ihre Aktivitäten bestraft werden. Je offensiver in den vergangenen Jahren externe Geber Menschenrechts- oder Demokratieaktivisten unterstützten, desto massiver schränkten die Regierungen den Handlungsspielraum derselben ein. Dies war beispielsweise in Russland der Fall, wo NROs, die Gelder aus dem Ausland erhalten, seit einer Gesetzesänderung im Sommer 2012 mit verschärfter Überwachung rechnen müssen und sogar als ausländische Agenten gebrandmarkt werden.

Auch Konflikte zwischen normativen Zielsetzungen wie Demokratie und materiellen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen werden trotz der häufigen Bekenntnisse zur Demokratieförderung unvermeidbar bleiben. Die Unterstützung von digitalem Aktivismus durch soziale Medien kann durch wirtschaftliche Interessen konterkariert werden. So wird Zensur- und Filtersoftware, die autoritären Regierungen dient, um

Soziale Medien und zivilgesellschaftliche Mobilisierung

Im Rahmen eines Forschungsprojektes zum Thema „Soziale Medien und zivilgesellschaftliche Mobilisierung“ führte das DIE im Frühjahr 2012 eine Online-Umfrage unter 600 tunesischen Internetnutzern durch.



digitalen Widerspruch zu unterdrücken, vornehmlich von europäischen – auch deutschen und US-amerikanischen-Firmen entwickelt. Bekannte Beispiele sind Cisco Systems und Yahoo, denen vorgeworfen wurde, der chinesischen Regierung Software zur Überwachung von Regimegegnern zur Verfügung gestellt zu haben. Ein weniger bekanntes Beispiel ist die Gamma Group International, die arabische Autokratien mit Software zur Ausspähung ihrer Bürger belieferte.

Anita Breuer und Julia Leininger

Dr. Anita Breuer und Dr. Julia Leininger sind Politikwissenschaftlerinnen und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen in der Abteilung „Governance, Staatlichkeit und Sicherheit“. Anita Breuer forscht zur Rolle neuer Informations- und Kommunikationstechnologien in

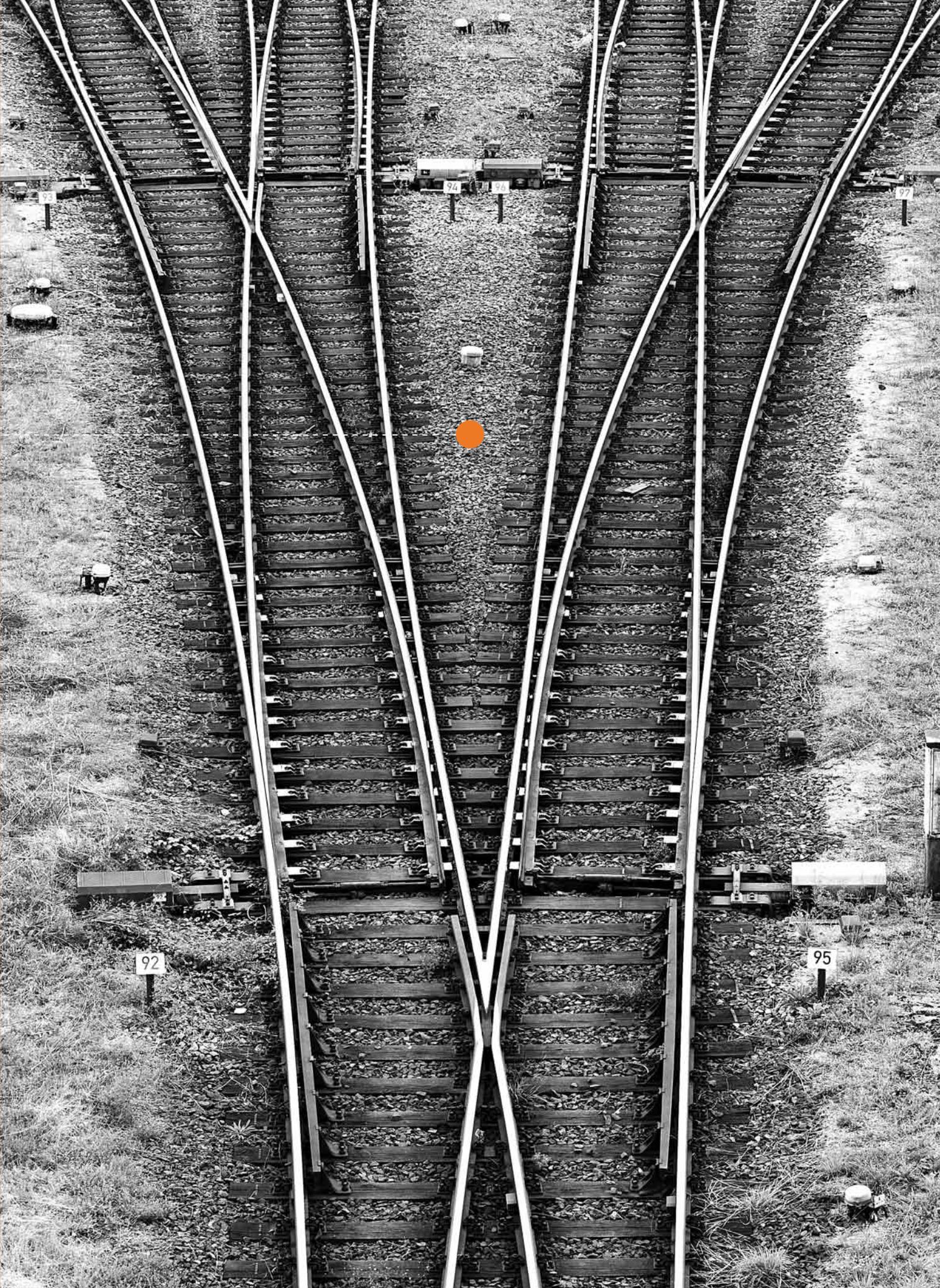
Kurzum, wer die Chancen ergreifen möchte, die soziale Medien und zivilgesellschaftliche Kräfte in der Demokratieförderung bieten, sollte erstens außenpolitische Zielkonflikte transparent gegeneinander abwägen. Zweitens ist die Zivilgesellschaft kein Allheilmittel zur Unterstützung von Demokratisierungsprozessen. Ihre Förderung muss im Einklang mit der Förderung demokratischer Institutionen stehen.

der Demokratieförderung und zivilgesellschaftlichen Partizipation. Julia Leiningers Arbeitsschwerpunkte liegen auf internationaler Demokratieförderung und politischer Transformation, insbesondere in afrikanischen Staaten.



wege.gabeln

Warum nicht
mit der Abweichung
der Inspiration
Bahn brechen?



Das Wachstum der neuen Mittelschichten

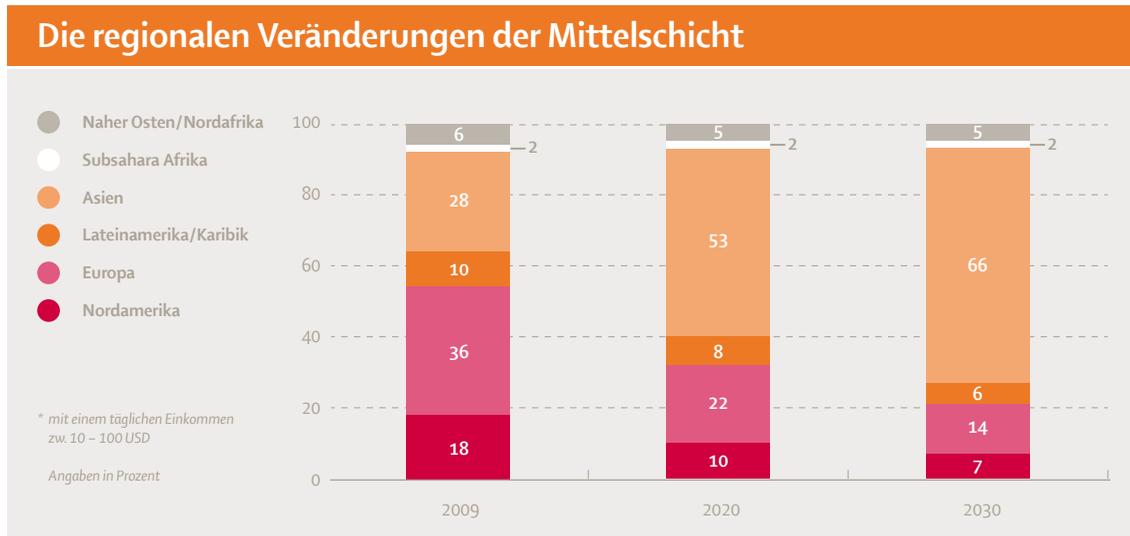
Mit dem globalen Rückgang der Armut verfügen Millionen Menschen über mehr Zeit und Geld als für das bloße Überleben nötig ist. Die Konsummacht dieser neuen Mittelschichten wird die Märkte verändern. Regierungen, die ihre Forderungen und Ansichten missachten, gehen ein Risiko ein. Die Zusammenarbeit zwischen reichen und armen Ländern wird sich verändern müssen. Wer gehört zu diesen neuen Mittelschichten? Warum sollten wir uns über sie Gedanken machen? Und was könnten sie für Entwicklung bedeuten?

Es besteht kein Konsens darüber, was unter den neuen Mittelschichten zu verstehen ist. Bisher bezieht sich der Begriff auf Menschen einer bestimmten Einkommensklasse, die weder reich, noch besonders arm sind. Unter Wirtschaftswissenschaftlern ist umstritten, welche Einkommensniveaus diese Klasse begrenzen. Einige rechnen die Tageseinkommen hinzu, die knapp oberhalb der Armutsgrenze liegen (etwa 2 USD pro Tag). Andere nennen höhere Schwellenwerte von 4, 10

oder 20 USD. Was die Obergrenze betrifft, reichen die Vorschläge von 4 bis zu 100 USD pro Tag.

Manche dieser Einkommensklassen erscheinen sehr niedrig: So würde jemand, der weniger als 36 USD am Tag verdient, in Deutschland als arm gelten. In armen Ländern dagegen können auch kleine Einkommenszuwächse großen Einfluss auf die Kaufkraft haben. Der größte Teil des zusätzlichen Einkommens wird für Verbesserungen der Gesundheit, der Bildung und des Wohnraums ausgegeben.

Wie auch immer wir sie definieren – die Mittelschichten in Entwicklungsländern wachsen, und allem Anschein nach werden sie in naher Zukunft größer als die der Industrienationen sein. Wenn wir ein Tageseinkommen von 10 bis 100 USD zugrunde legen, können die Mittelschichten in den nächsten zehn Jahren allein in Asien um mehr als eine Milliarde Menschen anwachsen. Das Zentrum des weltweiten Konsums bewegt sich also eindeutig in Richtung Osten.



Quelle: Kharas, Homi. 2010. The emerging middle class in developing countries. OECD Development Centre Working Paper No. 285, OECD, Paris.

Die neuen Mittelschichten sind ein wichtiger Forschungsgegenstand, weil ihnen potenziell große Bedeutung beigemessen wird: In den Industrieländern haben sie die wirtschaftliche Entwicklung gefestigt und breitenwirksamer gemacht, die demokratische Ordnung gestützt, wirtschaftliches Wachstum verstetigt und leistungsfähige öffentliche Einrichtungen gefördert. Werden sie dasselbe auch im Süden leisten?

- **Wohlstand:** Etwa 60 % der Bevölkerung Nordamerikas, Westeuropas, Japans, Australiens und Neuseelands können als Mittelschicht definiert werden. Der Lebensstandard dieser Menschen ist relativ hoch, und ihre Nachfrage sichert ein stetiges Wirtschaftswachstum. Allerdings hat der Massenkonsum einen hohen ökologischen Preis.
- **Inklusivität:** Die Mittelschichten verkörpern einen bestimmten Gesellschaftsvertrag. Aus gemeinsamer sozialer Verantwortung heraus zahlen sie Steuern und erwarten, dass sich der Staat mit Dienstleis-

tungen und sozialer Absicherung revanchiert.

- **Politischer Wandel:** Es ist der breiten Mittelschicht zu verdanken, dass die liberale Demokratie zum vorherrschenden politischen System in den Industrieländern des 20. Jahrhunderts wurde. Dieser Prozess ging mit einer Transformation öffentlicher Einrichtungen einher: Sie steigerte deren Transparenz und Rechenschaftspflicht und etablierte ein System der gegenseitigen Kontrolle und demokratischer Kräfte, einschließlich der Märkte.
 - **Frieden:** Wohlhabende, gut regierte Länder ziehen es vor, miteinander zu kooperieren, statt sich zu bekämpfen. Mit dieser Haltung schufen sie ein weltumspannendes Netz von Institutionen, das die internationale Zusammenarbeit lebendig halten soll. Rückhalt findet es in der Überzeugungskraft (*soft power*) und der Kultur der Mittelschicht.
- Vielleicht sind die genannten Merkmale eher idealtypischer Natur als real vorhanden. Die Erfahrungen

des Westens haben indes bei vielen die Erwartung geweckt, dass Entwicklungsländer einer ähnlichen Bahn folgen werden.

Einkommenszuwächse allein stoßen keine Entwicklung an. Wir zeigen in vier Bereichen, dass es keinen zwangsläufigen Fortschritt von steigenden Einkommen zu übergeordneten Zielen einer inklusiven Gesellschaft und leistungsfähigen öffentlichen Einrichtungen gibt.

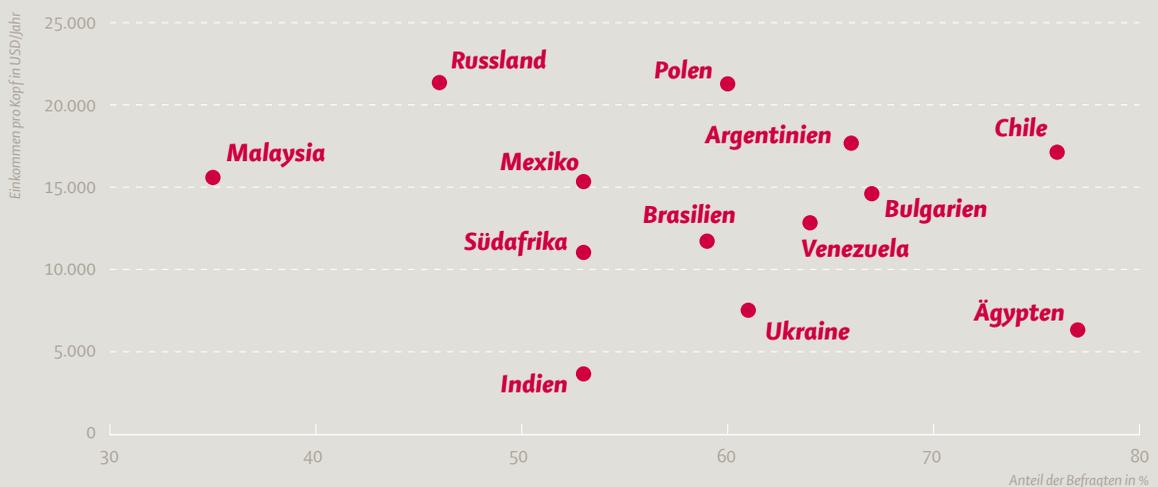
- **Konsummuster und Nachhaltigkeit:** Bisher ist der gewaltige Druck auf die natürlichen Ressourcen nur von einem kleinen Teil der Weltbevölkerung ausgeübt worden. Dies wird sich durch die Nachfrage der neuen Mittelschichten ändern. Aber da ihre Werte und Konsumerwartungen sich von denen des Westens unterscheiden, sind Prognosen schwierig.
- **Soziale Inklusion:** In einigen Regionen des Südens ist Wirtschaftswachstum trotz klientelistischer Netzwerke möglich gewesen. Für manche Teile der Mittelschichten ist es aber wichtiger, ihren Status

zu wahren, als den Nutzen des Wachstums mit anderen zu teilen. Zudem zeigen die anhaltend hohe Ungleichheit in Schwellenländern und der relativ kleine Anteil, den die Mittelschichten am nationalen Wohlstand haben, dass bereits etablierte Eliten nicht einfach ihre Stellung räumen.

- **Politische Partizipation:** Die neuen Mittelschichten haben viele politische Gesichter. In Indien nehmen sie im Rahmen einer elektoralen Demokratie Gestalt an. In China wächst die Mittelschicht unter den wachsamen Augen einer einzigen politischen Partei. In Afrika finden zwar immer mehr Wahlen statt, doch ist offen, ob wachsender Wohlstand einen echten demokratischen Wandel bewirken wird.
- **Internationale Zusammenarbeit:** Die etablierten internationalen Institutionen sind in Ländern mit einer breiten Mittelschicht entstanden. Dies war möglich, weil das Konzept einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit starke Befürworter hatte.

Prozentualer Anteil der Mittelschicht, für die Pressefreiheit sehr wichtig ist

(im Vergleich zum mittleren Einkommen des Landes)



Wir wissen nicht, ob die neuen Mittelschichten internationale Zusammenarbeit für gut und notwendig halten. Doch ihre Regierungen werden ihre Ansichten nicht ignorieren können. Der Wahlsieg der transnationalen Muslimbruderschaft in Ägypten lässt erahnen, dass sich internationale Zusammenarbeit auch an anderen Vorbildern orientieren kann.

Wer die neuen Mittelschichten nur aus der Einkommensperspektive betrachtet, übersieht einen wichtigen

Teil ihres Einflusses auf Entwicklung. Sie werden viele Facetten haben, mit Blick auf ihre Konsummuster, Wertvorstellungen, Politik und kulturelle Normen. Die globale Entwicklungsgeschichte des 21. Jahrhunderts handelt nicht nur von Armut, sondern auch davon, dass Gesellschaften wirtschaftlich, sozial und politisch inklusiver und ökologisch nachhaltiger gestaltet werden. In dieser Geschichte werden die neuen Mittelschichten eine Hauptrolle spielen.

Alejandro Guarín, Mark Furness und Imme Scholz

Dr. Alejandro Guarín ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Er arbeitet zu den Themen Ressourcenmanagement, Entwicklungspolitik, neue Mittelschichten und internationale Kooperation.

Dr. Mark Furness ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Bi- und multilaterale Entwicklungs-

politik“. Sein Forschungsschwerpunkt ist die EU-Entwicklungspolitik im Hinblick auf die *Aid-Effectiveness*-Debatte und das Thema „*Beyond Aid*“.

Dr. Imme Scholz, Soziologin, ist stellvertretende Direktorin des DIE. Sie arbeitet zu Fragen an der Schnittstelle zwischen Umwelt und Entwicklung, insbesondere des Klimawandels.

Armut

Mittelschicht

internationale Zusammenarbeit

Nachhaltigkeit

Demokratie

Inklusivität

Die Risiken hoher globaler Liquidität für Entwicklungs- und Schwellenländer

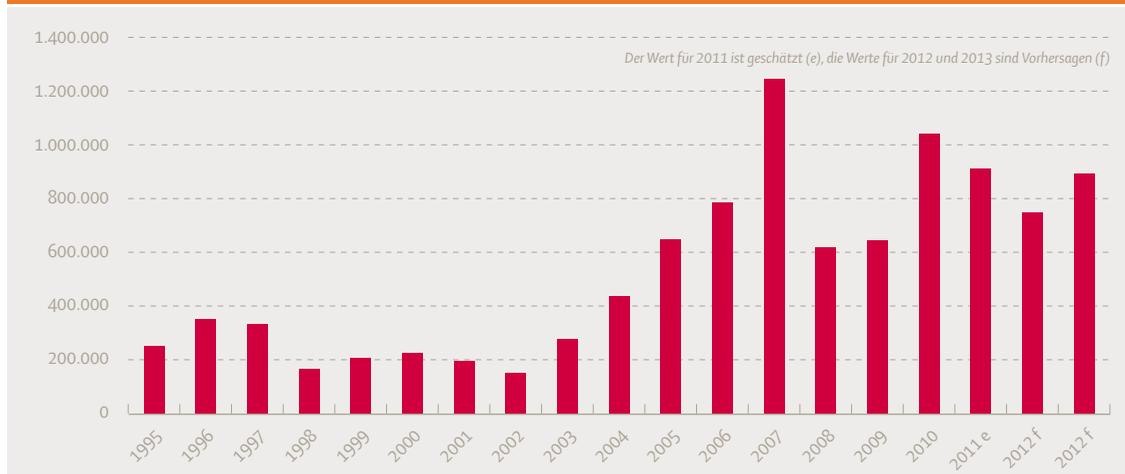
Die expansiven Geldpolitiken der meisten Industrieländer haben seit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise im September 2008 zu einer starken Zunahme „globaler Liquidität“ geführt, die auf der Suche nach Rendite nicht nur in die internationalen Rohstoffmärkte fließt, sondern auch die Volatilität in den internationalen Finanzströmen erhöht. Dies hat auch für Entwicklungs- und Schwellenländer profunde Auswirkungen.

Auf den Ausbruch der globalen Finanzkrise reagierten Zentralbanken weltweit mit einer rapiden Absenkung der Zinsen und einer Bereitstellung von Liquidität, um den Finanzsektor zu stützen und den Einbruch der Wirtschaft abzuschwächen. Die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer kamen relativ unbeschadet durch die Krise und kehrten bereits im Jahr 2010 wieder zu teilweise beachtlichem Wachstum und einer restriktiveren Geldpolitik zurück. Die Zentralbanken der meisten Industrieländer hingegen operieren weiterhin im Krisenmodus und verfolgen eine extrem expansive Geldpolitik.

So haben die *Federal Reserve* und die Europäische Zentralbank (EZB) – die Emittenten der beiden wichtigsten Währungen der Welt – ihre Bilanzen seit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise massiv ausgeweitet. Auch die Zentralbanken der anderen großen Industriestaaten wie Japan und Großbritannien halten die Leitzinsen weiterhin auf historisch niedrigem Niveau und stellen den Märkten durch außergewöhnliche geldpolitische Maßnahmen, wie dem Kauf von Anleihen, zusätzliche Liquidität zur Verfügung.

Während solche expansiven Geldpolitiken notwendig sind, um die kriselnden Wirtschaften und Bankensysteme Europas und die schwache wirtschaftliche Erholung in den USA und Japan zu unterstützen, haben diese Politiken auch erhebliche Auswirkungen für den Rest der Welt. So führen die großen Zinsunterschiede zwischen den großen Industrienationen und den aufstrebenden Volkswirtschaften zu sogenannten *Carry-Trades* – Kapitalflüsse in Schwellenländer mit höheren risikoad-

Private Nettokapitalflüsse in Schwellenländer (in Mio. USD)



Quelle: Eigene Grafik mit Daten des Institute of International Finance vom Juni 2012.

justierten Renditen. Der Kapitalzufluss in die Schwellenländer wird zudem durch die eher düsteren Wachstumsaussichten in den Industrieländern verstärkt.

Nachdem die privaten Kapitalströme in die Schwellenländer im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr um die Hälfte, auf 619 Mrd. USD, gesunken waren, erreichten die Nettozuflüsse in die Schwellenländer im Jahr 2010 bereits wieder beeindruckende 1.088 Mrd. USD – ein Betrag fast so hoch wie der historische Höchststand von 1.244 Mrd. USD im Jahr 2007, dem Jahr vor dem *Crash* des globalen Finanzsystems. 2011 sanken die privaten Nettokapitalflüsse in Schwellenländer angesichts der Liquiditätsprobleme im europäischen Bankensektor wieder auf geschätzte 1.030 Mrd. USD. Und obwohl die europäischen Banken ihre internationale Kreditvergabe gegenwärtig aufgrund der europäischen Bankenkrise und der Einführung der neuen EU-Eigenkapitalvorschriften herunter fahren – was Ende 2011 und Anfang 2012 in einigen Schwellenländern

bereits zu kurzfristigen Liquiditätsengpässen z. B. bei der Handelsfinanzierung führte – projiziert das *Institute of International Finance* die privaten Nettokapitalzuflüsse in die Schwellenländer auf 912 Mrd. USD im Jahr 2012 und 994 Mrd. USD im Jahr 2013.

Der rasche Anstieg der weltweiten Liquidität und die historisch großen Nettokapitalströme in die Schwellenländer geben Anlass zu ernster Besorgnis in den Empfängerländern über schädliche Nebenwirkungen. Zum einen verursachen große Kapitalzuflüsse einen Aufwertungsdruck auf den Wechselkurs, was den Export behindern kann. Zudem können sie auch zu einem starken Geldmengen- und Kreditwachstum und einer Überhitzung der Wirtschaft beitragen. Darüber hinaus erhöhen sie den Inflationsdruck auf Verbraucherpreise und Vermögenswerte oder tragen gar zur Blasenbildung in den Kapitalmärkten bei. Große Kapitalzuflüsse bergen auch Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems, insbesondere wenn sie zu einem

Aufbau von Währungs- und Fristenungleichgewichten führen, die im Fall eines raschen Kapitalabflusses ernsthafte Probleme verursachen können. Zudem besteht die Gefahr eines schnellen Abzugs von Portfolioinvestitionen, der zum Einbruch von Wechselkursen und Finanzmärkten von Schwellenländern führen kann. Das „Deleveraging“ der europäischen Banken, das zu einer verstärkten Volatilität in den Märkten beigetragen hat, verdeutlicht die Risiken für die Finanzstabilität.

Darüber hinaus hat die erhöhte globale Liquidität auch Auswirkungen auf die Preise an den internationalen Rohstoffmärkten. In den vergangenen Jahren kam es zu einer „Finanzialisierung“ der Rohstoffmärkte, einschließlich der Nahrungsmittelmärkte. Sie hat dazu geführt, dass sich Preise losgelöst von Fundamentaldaten entwickeln und deutlich volatil werden. Das große Maß an Liquidität in den internationalen Finanzmärkten hat diesen durch eine Liberalisierung der Rohstoffmärkte verursachten Prozess noch verstärkt. Während

hohe Rohstoffpreise für Exportländer positive Auswirkungen haben können, da die Exporteinnahmen steigen, sind die Effekte bei den Rohstoffimporteuren negativ. Besonders negativ wirkt sich die Preisvolatilität aus. Insbesondere in den Lebensmittelmärkten können große Preisschwankungen gravierende Folgen für Entwicklungs- und Schwellenländer haben, gerade auch für die ärmsten Bevölkerungsschichten. Hier ist die Politik gefragt: Sie muss Ansätze zu einer stärkeren Regulierung im Handel von Rohstoffen aufgreifen, wie sie z. B. im Rahmen der G20 diskutiert wurden, um diesen Entwicklungen Einhalt zu gebieten.

Angesichts der andauernden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Eurozone und den USA ist eine rasche Änderung des expansiven geldpolitischen Kurses der EZB oder der Fed unrealistisch. In Anbetracht der potenziell verheerenden Folgen eines überstürzten Ausstiegs aus einer expansiven Geldpolitik – nicht nur für die Krisenländer der Eurozone und der USA,

Entwicklung von Rohstoffpreisen



Quelle: Eigene Grafik mit Daten von Commodity Research Bureau und Thomson Reuters.

sondern für die Weltwirtschaft insgesamt – ist ein solcher Schritt auch für die Entwicklungs- und Schwellenländern von Nachteil, auch wenn sich gerade die Vertreter der großen Schwellenländer oft lauthals über die negativen Nebenwirkungen beklagen. Entwicklungs- und Schwellenländer müssen sich daher in den kommenden Jahren auf ein von hoher globaler Liquidität und volatilen Kapitalströmen und Rohstoffpreisen geprägtes weltwirtschaftliches Umfeld einstellen.

Jedes Land muss seinen eigenen *Policy-Mix* entwickeln, um die negativen Auswirkungen der exzessiven

globalen Liquidität und volatiler Kapitalströme auf die eigene Wirtschaft zu minimieren. Neben herkömmlichen Makro-Politiken – einer antizyklischen Fiskal- und Geldpolitik sowie Anpassungen über den Wechselkurs – können Empfängerländer Kapitalflüsse durch gezielte Kapitalverkehrskontrollen sowie durch makroprudenzielle Politiken beeinflussen. So können Aufsichtsbehörden, z. B. durch die Einführung währungsabhängiger Liquiditätsanforderungen, die Anreize von inländischen Finanzinstituten reduzieren, sich in Fremdwährung zu verschulden und somit das Risiko zukünftiger Krisen verringern.

Ulrich Volz

Dr. Ulrich Volz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung“. Er leitet das vom BMZ finanzierte Projekt „Entwicklungspolitische Konsequenzen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise – Veränderung internationaler Kapitalströme und der globalen Finanzordnung“.

Seine Forschungsschwerpunkte sind internationale Makroökonomie, internationale wirtschaftliche Interdependenzen und Integration, *Global Economic Governance*, Währungs-, Finanz- und Schuldenkrisen sowie Finanzmarktentwicklung.

Internationale Kapitalflüsse

globale Liquidität

Rohstoffpreise

Finanzmarktstabilität



wege.freimachen

Warum nicht
einmal die Welt
auf den Kopf stellen,
wenn auch nur kurz?

Drei Prioritäten der Anpassungsfinanzierung

Auf dem Kopenhagener Klimagipfel sagten die Industrieländer zu, zwischen 2010 und 2012 eine „Schnellstartfinanzierung“ von 30 Mrd. USD zu mobilisieren, um Entwicklungsländer bei der Bewältigung des Klimawandels zu unterstützen. Ab 2020 sollen jährlich 100 Mrd. USD hierfür bereitgestellt werden. Ein neuer globaler Fonds, der „Grüne Klimafonds“, soll einen erheblichen Teil dieser 100 Mrd. USD kanalisieren. Angesichts der auslaufenden Schnellstartfinanzierung und des sich im Aufbau befindenden Grünen Klimafonds bietet es sich an, Zwischenbilanz zu ziehen.

Die Anpassungsfinanzierung steht derzeit vor drei wesentlichen Herausforderungen. Erstens müssen die Industrieländer ihre Zusagen einhalten und zusätzliche Finanzmittel bereitstellen. Diese sollten durch ein transparentes Berichtswesen erfasst werden. Zweitens: Anpassungsfinanzierung und Gelder der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit sollten zwar getrennt ausgewiesen werden, vor Ort jedoch zu einer Entwick-

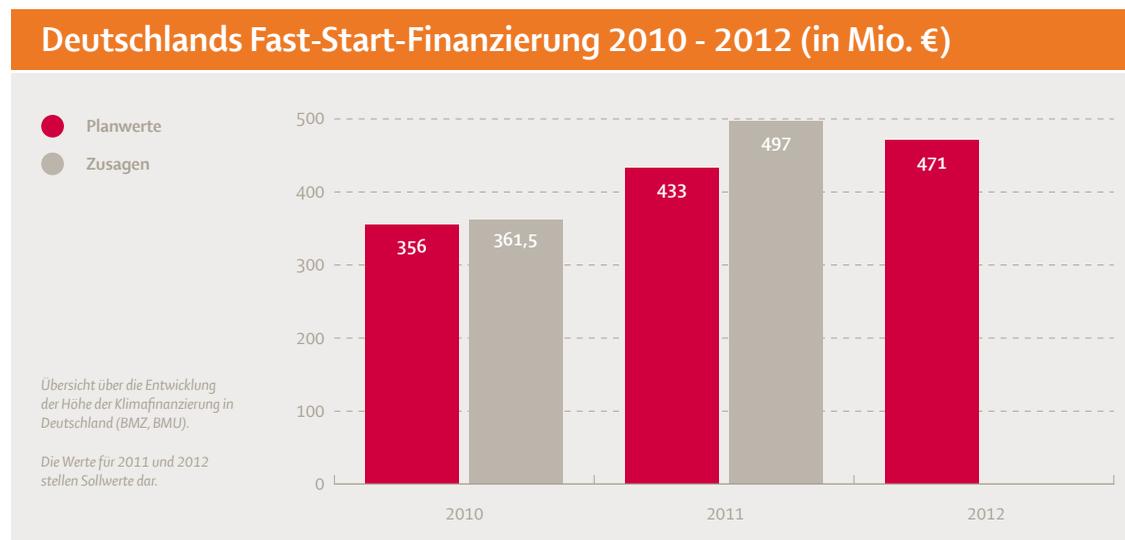
lungsfinanzierung aus einem Guss zusammengeführt werden. Und drittens muss Anpassungsfinanzierung auch in der Praxis die vom Klimawandel besonders gefährdeten Gruppen erreichen.

Derzeit ist unklar, welchen Umfang die Klimafinanzierung für Entwicklungsländer hat, da eine eindeutige Definition fehlt. Anfang 2012 erklärten die Industrieländer 28 Mrd. USD als Schnellstartfinanzierung, was den Schluss nahelegt, die Zusage von Kopenhagen sei fast erreicht. Auf den zweiten Blick erscheint dies jedoch zweifelhaft, wie die stark schwankenden Schätzungen für öffentliche Ausgaben für Klimamaßnahmen zeigen. So geht *climatefundupdate.org* von 2,2 Mrd. USD für das vergangene Jahrzehnt aus, während die OECD ein Volumen von 23 Mrd. USD allein für 2010 nennt.

Die gemeldete Schnellstartfinanzierung stammt überwiegend aus öffentlichen Quellen, doch einige Länder rechnen z. B. private Investitionen mit. Auch hier fehlt eine Definition und so ist unklar, in welchem

Deutschland will sich an der Schnellstartfinanzierung mit insgesamt 1,26 Milliarden € beteiligen. Die Bundesregierung definiert alle Mittel als zusätzlich, die einen Aufwuchs der

entsprechenden Ausgaben im Jahr 2009 darstellen oder aus innovativen Finanzierungsquellen wie den Emissionshandlserlösen kommen.



Quelle: BMZ 2012

Ausmaß diese Investitionen zum Klimafinanzierungsbeitrag eines Landes zählen. Investitionen des Privatsektors könnten zukünftig zu einer wichtigen Klimafinanzierungsquelle werden. Die *Climate Policy Initiative* zeigt jedoch, dass die klimabezogenen Investitionen dieses Sektors bisher in Minderungsmaßnahmen in China und Indien und nicht etwa in die Anpassung in Lesotho oder Tuvalu flossen.

Dies steht im Widerspruch zur Zusage der Industrieländer, Minderungs- und Anpassungsfinanzierung gleich zu gewichten. Es ist dringend notwendig, dass sich die Regierungen darauf verständigen, was die „Mobilisierung von Klimafinanzierung“ tatsächlich bedeutet und sicherstellen, dass ein angemessener Teil der Klimafinanzierung für Anpassungsmaßnahmen an Entwicklungsländern geht.

Die Unklarheiten hinsichtlich der Höhe der derzeitigen Klimafinanzierung unterstreichen die Notwendigkeit eines transparenten Berichtswesens, welches es ermög-

licht, Ursprung und Verwendung der Gelder nachzuvollziehen. Die Indikatoren des OECD-Ausschusses für Entwicklungshilfe sind ein erster Anhaltspunkt, doch dem Verfahren der OECD mangelt es an Eindeutigkeit, da die Geldgeber selbst angeben, ob eine Maßnahme hauptsächlich oder lediglich in bedeutendem Umfang auf Anpassung abzielt. Die Möglichkeiten eines Berichtssystems im Rahmen der Klimarahmenkonvention werden derzeit diskutiert, beziehen sich aber nicht auf Anpassungsmaßnahmen. Die Anwendung des Berichtsstandards der *International Aid Transparency Initiative* ist eine weitere Option. Diese Möglichkeit wurde noch nicht im Rahmen des Klimaregimes diskutiert, könnte aber wichtige Synergien im Zusammenspiel mit der internationalen *development effectiveness agenda* erzielen.

Entwicklungs- und Klimafinanzierung verfolgen gemeinsame Ziele, doch bei den Modalitäten der Finanzierung gibt es erhebliche Differenzen. Der Haupt-

grund liegt darin, dass viele Akteure Anpassungsfinanzierung nicht als Entwicklungshilfe betrachten. Sie fordern daher nicht nur zusätzliche Mittel zur Anpassungsfinanzierung, sondern auch, dass diese nicht nach den Bedingungen und von den Institutionen der Entwicklungsfinanzierung verteilt werden. Mehr als 20 zusätzliche Klimafonds sind v. a. vor diesem Hintergrund eingerichtet worden. Gleichzeitig können die Industrieländer ihre finanziellen Verpflichtungen über bestehende bi- und multilaterale Kanäle erfüllen und machen von dieser Möglichkeit auch ausgiebig Gebrauch. In der Folge hat das Klimaregime eher zu einer zahlenmäßigen Zunahme der Finanzierungskanäle statt zu ihrer Integration in die Entwicklungsfinanzierung beigetragen.

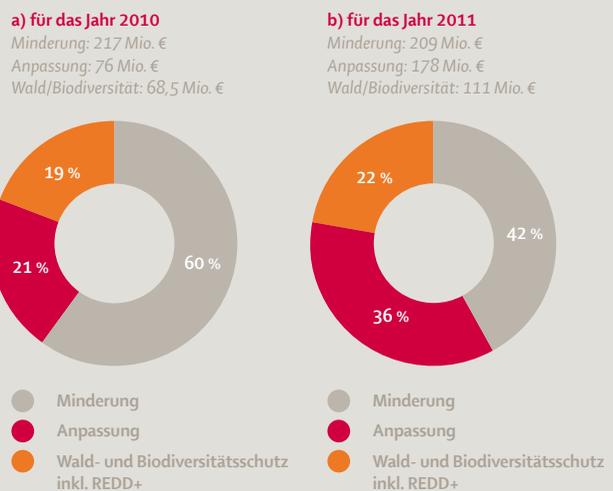
Die Empfängerländer stehen derzeit vor der schwierigen Aufgabe, die verschiedenen Finanzierungsströme, -modalitäten und -akteure zu koordinieren, zu bündeln und sie in ihre nationalen Entwicklungspläne zu integrieren. Anpassungsfinanzierung und andere öffent-

liche Mittel mögen aus getrennten Quellen kommen, vor Ort müssen sie zusammengeführt werden, um ihre Effizienz und Wirksamkeit zu erhöhen. Die Schaffung von Synergien zwischen Entwicklungs- und Klimafinanzierung kann als eine der zentralen Herausforderungen in den kommenden Jahren betrachtet werden. Institutionen, Organisations- und Verfahrensstrukturen müssen entsprechend gestaltet werden. Viele Länder haben hiermit erst begonnen, und es ist noch unklar, wie eine allgemeine (erfolgreiche) Integration der Anpassungs- und Klimafinanzierungen in die nationalen Systeme schlussendlich aussehen wird.

Ein Hauptziel der Anpassungsfinanzierung und des Klimaregimes ist es, die vom Klimawandel besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu unterstützen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen allerdings, dass hier eine große Lücke zwischen Anspruch und Umsetzung klafft. Nur der recht kleine *Least Developed Countries Fund* kann als erster Schritt in diese Richtung gelten,

Aufteilung der Schnellstartfinanzierung - ein umstrittenes Thema

Die Graphik gibt einen Überblick über die Aufteilung der Schnellstartfinanzierung auf die wichtigsten Themenbereiche der Klimarahmenkonvention: Anpassung an den Klimawandel, Reduktion von Treibhausgasen (Minderung) und Wald- und Biodiversitätsschutz (REDD+). Die Frage, wie viele Mittel welchem Themenbereich zugeschrieben werden, ist international umstritten.



da er ausschließlich dieser Ländergruppe Zugang zu Finanzen gewährt. Von diesem Fonds abgesehen haben so unterschiedliche Länder wie Eritrea und Argentinien den gleichen Zugang zu Anpassungsfinanzierung. Und während die zentrale Bedeutung lokaler Institutionen als Partner für Anpassungsstrategien oft hervorgehoben wird, stellt beispielsweise der *Global Assessment Report on Disaster Risk Reduction 2011* fest, dass gezielte Zuweisungen von Haushaltsmitteln an lokale Gemeinden für Katastrophenschutzmanagement „weiterhin eher die Ausnahme denn die Regel sind“. Derzeit ist unklar, wie hoch das Volumen der Anpassungsfinanzierung nach dem Auslaufen der Schnellstartfinanzierung

Pieter Pauw und Britta Horstmann

Pieter Pauw und Britta Horstmann sind wissenschaftliche Mitarbeiter in der Abteilung „Umweltpolitik und Ressourcenmanagement“ des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE). Pieter Pauw arbeitet zu

2012 sein wird. Die genannten Herausforderungen zeigen jedoch, dass eine erfolgreiche Anpassungsfinanzierung nicht allein vom Finanzierungsbetrag abhängt. Entscheidend sind nicht zuletzt die Institutionen und Finanzierungsmodalitäten. Den Entwicklungsländern fällt dabei eine Schlüsselrolle zu. Sie müssen auf nationaler und lokaler Ebene Institutionen aufbauen, die ihre Eigenverantwortung als Akteure der Klimaanpassungsfinanzierung stärken. Wie auch immer Anpassungsfinanzierung ausgestaltet werden mag: zentral ist, dass sie die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen erreicht.

Fragen internationaler Finanzierung der Klimaanpassung, insbesondere zur Rolle des Privatsektors. Britta Horstmann arbeitet zu Fragen internationaler und nationaler Klimaanpassungspolitik und -finanzierung.



Global denken, global lernen – Ausbildung von Nachwuchs- führungskräften

Entwicklungszusammenarbeit wird zu internationaler Zusammenarbeit: Schon lange geht es nicht mehr um den einseitigen Transfer von Wissen, Finanzmitteln und Fachpersonal von Nord nach Süd, sondern um wechselseitiges Lernen und gemeinsame Lösungen für globale Herausforderungen. Nachwuchskräfte aus Nord und Süd brauchen einen globalen Denkansatz, um den globalen Kontext von lokalen, nationalen oder regionalen Problemen zu erkennen und offen zu sein für Ideen und Lösungsansätze anderer. Nur so lassen sich komplexe und grenzüberschreitende Probleme gemeinschaftlich angehen, und nur so ist es möglich, dass sich Nord und Süd bei der Lösung endogener Probleme gegenseitig unterstützen.

Die erweiterten Anforderungen an Nachwuchskräfte in der internationalen Zusammenarbeit müssen sich auch in der Ausbildung widerspiegeln.

Welche Expertise und Qualifikationen sind gefordert? Fachliche und methodische Kompetenzen sind

für den Berufseinstieg in die internationale Zusammenarbeit elementar. Dies gilt besonders für die Fähigkeit, kausale Verbindungen zwischen verschiedenen Herausforderungen herzustellen und die Wirksamkeit einzelner Politikansätze in komplexen Zusammenhängen einzuschätzen. Einmal erlerntes Faktenwissen veraltet hingegen immer schneller. Es kommt darauf an, Wissen ständig zu aktualisieren und eigene Wissenslücken zu erkennen. Nachwuchskräfte in der internationalen Zusammenarbeit müssen nicht universell sprechfähig sein, sondern lernbereit.

Zuhören, reflektieren, konstruktiv mit Kritik oder Enttäuschung umgehen – solche Persönlichkeits- und Sozialkompetenzen sind für Nachwuchskräfte in der internationalen Zusammenarbeit mindestens so relevant wie Fach- und Methodenkenntnisse. Hinzu kommen Kommunikationsfähigkeiten, wie sie für den Auf- und Ausbau von persönlichen Netzwerken erforderlich sind.



Quelle: Eigene Darstellung

Die beschriebenen Kompetenzen dienen dem übergeordneten Zweck, wechselseitiges Lernen voranzutreiben. In der internationalen Zusammenarbeit agieren Fachkräfte aus Nord und Süd als Knotenpunkte für entwicklungspolitische Expertise, die sie auf verschiedenen Ebenen weitergeben: in multinationalen Foren für globale Lösungsstrategien; in der Beratung von Partnerländern, ganz gleich, ob diese zum globalen Norden oder Süden gehören; und an die eigene Gesellschaft im Bewusstsein, dass sich jedes Land der Welt weiterentwickeln kann und muss.

Leadership ist nicht nur für den Erfolg von Teams, Organisationen und Unternehmen relevant, sondern auch für die Bewältigung globaler Herausforderungen. Entscheidend ist allerdings der Führungsstil. Die gestiegene Bedeutung von internationaler Kooperation und der Wandel der Entwicklungszusammenarbeit haben Arbeitszusammenhänge verändert. Interorganisatorische Zusammenarbeit, Partnerschaften und Netzwerke

werden wichtiger, hierarchische Arbeitsformen hingegen seltener. Gefragt sind daher kooperative Führungskräfte, die sich auf fremde Ideen einlassen, diese unterstützen und auch bereit sind, sich von anderen leiten zu lassen. Für die Ausbildung bedeutet das: *Good followership* ist ebenso wichtig wie *good leadership*.

Wen wählen wir aus? Ideale Bewerberinnen und Bewerber können alles. Sie sind leistungsbereit, belastbar, teamorientiert und kreativ, agieren interkulturell sensibel, sind mehrsprachig, verfügen über umfassendes Fachwissen und haben längere Zeit in einem Entwicklungsland gelebt. So die Theorie.

Da es solche Bewerberinnen und Bewerber nicht gibt, müssen bei der Auswahl Prioritäten gesetzt werden. Was macht eine Person aus, die globale Veränderungsprozesse mitgestaltet? Einstellungen oder Eigenschaften, die sich nur bedingt trainieren lassen, sind wichtiger als erlernbare Kompetenzen. Das bedeutet, dass Lernbereitschaft, Teamorientierung und gute

Analysefähigkeiten einen größeren Stellenwert haben sollten als Methodenkenntnisse und Fachwissen.

Am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) gibt es zwei Ausbildungsformate: das Postgraduierten-Programm und die *Global Governance School* (GGS). Während das Postgraduierten-Programm junge Menschen aus Deutschland oder Europa auf eine Tätigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit vorbereitet, ist die *Global Governance School* der akademisch-wissenschaftliche Teil des Programms *Managing Global Governance* (MGG). Es wird von DIE und GIZ im Auftrag des BMZ durchgeführt und dient der Weiterqualifizierung von *Young Professionals* aus Regierungsinstitutionen und Forschungsinstituten in acht Schwellenländern. Überträgt man die vorherigen Überlegungen auf diese beiden Ausbildungsgänge, so ergibt sich ein gemischtes Bild:

1. Gemeinsames Lernen und Dialog haben Eingang gefunden in die Ausbildung. Module, die von den Teil-

nehmenden beider Kurse besucht werden, sind dafür ein Beispiel. Künftig muss noch stärker darauf geachtet werden, wie die Herausbildung globaler Denkansätze gefördert werden kann. Gerade vor diesem Hintergrund ist auch die Nord-Süd-Ausrichtung des Postgraduierten-Programms zu hinterfragen. Das betrifft beispielsweise die Zusammensetzung des Kurses, die inhaltliche Schwerpunktsetzung auf klassische Entwicklungsthemen oder auch die Fokussierung der Länderarbeitsgruppen auf den globalen Süden.

2. Auf dem Ausbildungsplan stehen sowohl die Vermittlung von Fachkompetenzen wie auch die Stärkung von Transfer- und Sozialkompetenzen. So gibt es Trainingseinheiten zur Verbesserung von Kommunikationsfertigkeiten oder zum *Teambuilding*. Die didaktische Herausforderung für die Zukunft liegt in der Erarbeitung integrativer Ausbildungseinheiten, die Fach-, Transfer- und Sozialkompetenzen stärker gleichzeitig trainieren. Präsentationen von Forschungs-

Länderarbeitsgruppen des 47. und 48. Postgraduiertenkurses

Indonesien: Nachhaltigkeitsstandards im indonesischen Palmölsektor – Herausforderungen und Chancen für Kleinbauern

Ägypten: Welche Faktoren entscheiden über das *upgrading* von kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs): Der Fall Ägypten

Tansania:
Private Stiftungen und Entwicklungszusammenarbeit: Erkenntnisse aus Tansania

Ghana:
Jugendarmut in Accra: Herausforderungen und Perspektiven im Kontext von Urbanisierung

Ruanda/Burundi: Kooperation zu Wasserkraftprojekten an internationalen Flüssen – Ruanda, Burundi und ihre Nachbarn

Nepal:
Förderung von Frieden und Demokratie in Nepal

Marokko:
Der Aufbau einheimischer Kapazitäten für erneuerbare Energien: Die Fallstudie Marokko

Indonesien:
Green finance in Indonesien

ergebnissen vor einem internationalen Publikum sind hierfür ein gutes Beispiel.

3. Die Vermittlung von Führungskompetenzen ist ein zentraler Bestandteil der *Global Governance School*. Im Postgraduierten-Programm spielt dieser Aspekt nur eine untergeordnete Rolle. Diese Unterscheidung ist sinnvoll, da die GGS-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer bereits über mehrere Jahre Berufserfahrung verfügen und andere Bedarfe haben als die Teilnehmenden des Postgraduierten-Programms, die in der Regel erst ihr Studium abgeschlossen haben.

Johannes Blankenbach und Tatjana Reiber

Dr. Tatjana Reiber und Johannes Blankenbach sind wissenschaftliche Mitarbeiter in der Abteilung „Ausbildung“. Neben der Betreuung der *Global Governance School* und der Unterstützung des Postgraduierten-

4. Die Herausforderung bei der Auswahl besteht darin, dass sich Qualifikationen leichter ermitteln lassen als Eigenschaften oder Einstellungen. Es ist daher wenig verwunderlich, dass das gegenwärtige Auswahlverfahren vor allem auf die Prüfung (erwerbbarer) Kompetenzen ausgerichtet ist. Es müssen künftig Formate entwickelt werden, die auch elementare Einstellungen und Eigenschaften herausfordern und prüfen.

Programms beschäftigen sie sich mit der Konzeptualisierung von Ausbildungsformaten sowie der Fortentwicklung von didaktischen Konzepten.

Arbeiten im Team

Kompetenzen

globales Denken

Dialog

neue Anforderungen

Ausbildung

gemeinsames Lernen

kooperative Führung



wege.beschreiten

Wo sind die Grenzen
des Wachstums?

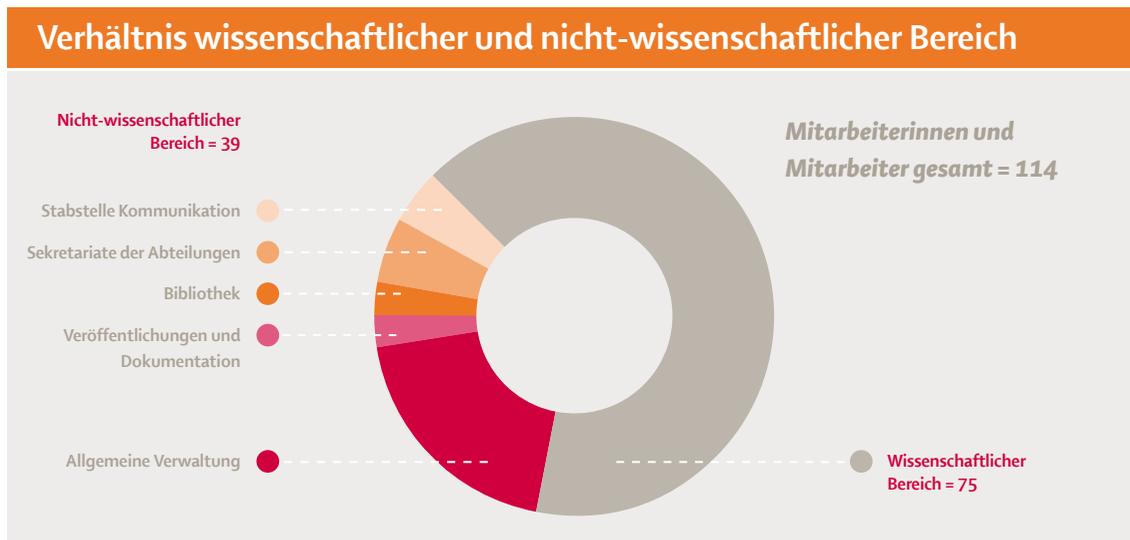
Von der Verwaltung zu den Serviceeinrichtungen

Im Frühjahr 2012 hat sich das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) entschieden, seine bisherige Verwaltung in „Serviceeinrichtungen“ umzubenennen. Dahinter steckt nicht etwa Kosmetik, wie man auf den ersten Blick glauben könnte. Hierin verbergen sich zwei sehr interessante Wege, die schon über längere Zeit von unterschiedlichen Beschäftigtengruppen parallel beschritten werden, deren Ziele übereinstimmen, die immer wieder kontrovers diskutiert werden und bei denen ein Endpunkt noch nicht in Sicht ist.

Der eine Weg wird bestimmt von denen, die für ihre Arbeit Unterstützung einfordern. Das ist die Geschäftsleitung, die sich der klassischen Verwaltungseinheiten wie z. B. Personalbüro, Buchhaltung oder Beschaffungsstelle bedient, um damit die erforderliche Infrastruktur, also die personellen, finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein sicheres Arbeiten am Institut ermöglichen. Das sind darüber hinaus die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler,

deren Arbeit ohne die kompetente Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen aus dem nicht-wissenschaftlichen Bereich, z. B. der Reisestelle, dem Lektorat, der Bibliothek oder auch der EDV ungleich schwerer und zeitintensiver, manchmal auch unmöglich wäre.

Nun hat sich mit den Veränderungsprozessen, die das DIE in den letzten Jahren geprägt haben, auch die wissenschaftliche Arbeit am Institut gravierend verändert. Vernetztes Arbeiten im internationalen Kontext erfordert Zeit, verlangt organisatorische Weitsicht, diplomatisches Geschick und hat oft finanzielle Auswirkungen, die in die Überlegungen mit einbezogen werden müssen. Mit anderen Worten, mit der wissenschaftlichen Arbeit am DIE ist immer mehr auch Wissenschaftsmanagement verbunden, wodurch andere, vielfach neue Anforderungen aus der Geschäftsleitung und dem wissenschaftlichen Bereich an die Verwaltung herangetragen werden. Oft sind diese Anforderungen begleitet von Ungeduld und Unverständnis, wenn sich



Quelle: Eigene Darstellung

nicht sofort Zuständigkeiten erschließen oder Ergebnisse einstellen, aber auch von Lob und Anerkennung, wenn erhoffte Erfolge schnell sichtbar werden.

Den zweiten Weg gehen die Verwaltungskolleginnen und -kollegen selbst. Naturgemäß können sie ihren Weg nicht alleine bestimmen. Ihre Arbeit ist geprägt von den Anforderungen, die an sie gestellt werden. Aber gerade diese Anforderungen im Kontext der veränderten Rahmenbedingungen im wissenschaftlichen Bereich stellen diesen Beschäftigtenkreis vor große Herausforderungen.

Reichte es in der Vergangenheit aus, sich nach der Ausbildung in Aufgabengebiete einzuarbeiten, erfordert die Arbeit in den Verwaltungen von Forschungseinrichtungen heute sehr qualifizierte und tief gehende Grundkenntnisse. Kaum ein Aufgabenbereich ist mit dem anderen vergleichbar. Hinter der erforderlichen Vielfalt in den einzelnen Serviceeinheiten stecken sehr spezielle, oft hochtechnisierte Berufsbilder. Entspre-

chend groß sind die Fähigkeiten und Kenntnisse, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Einheiten den Anforderungen aus dem wissenschaftlichen Bereich anbieten.

Beide Wege haben, konsequent gegangen, ihren Preis. Exzellente Forschung, Beratung und Ausbildung ist nur möglich, wenn die Rahmenbedingungen entsprechend sind. Von der Seite der Wissenschaft werden daher kritische, aber in der Sache berechnete Forderungen nach Weiterentwicklung, zusätzlicher Qualifizierung und Erweiterung der Aufgabenprofile, nicht selten gepaart mit dem Ruf nach zusätzlichem Personal in der Verwaltung laut. Auf der Seite der Verwaltung wächst genauso berechnete das Selbstbewusstsein der Personen, die den neuen Anforderungen standhalten müssen und mit ihrem Know-how diese Rahmenbedingungen schaffen.

Mit dem Selbstbewusstsein ist auch das Bedürfnis nach einer eigenen Identität gewachsen. So ging der

Umbenennung der Verwaltung in „Serviceeinrichtungen“ eine emotional geführte Diskussion voraus. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den bis dahin allgemein als Verwaltung titulierten Bereichen wollten – in Abgrenzung zum „wissenschaftlichen Bereich“ – einer Umbenennung in den „nicht-wissenschaftlichen Bereich“ nicht zustimmen. Die bis dahin übliche Definition dieses Beschäftigtenkreises über eine Negativ-Beschreibung wurde in Frage gestellt. Heute verbergen sich hinter den Serviceeinrichtungen einzelne, fachlich geprägte und klar voneinander abgegrenzte Bereiche: Allg. Verwaltung, Projektkoordination, Sekretariate, Bibliothek, Dokumentation und Lektorat/Veröffentlichungen.

Betrachtet man die parallel begangenen Wege von ihrem Ende, lassen sich gemeinsame Ziele entdecken. Der wissenschaftliche Bereich erwartet zu Recht eine qualifizierte und engagierte Unterstützung, um die an ihn selbst gestellten hohen Ziele mit der nötigen Exzellenz erreichen zu können. Genauso zu Recht

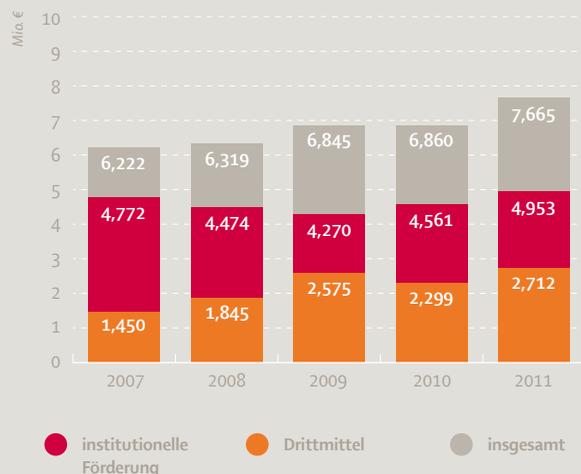
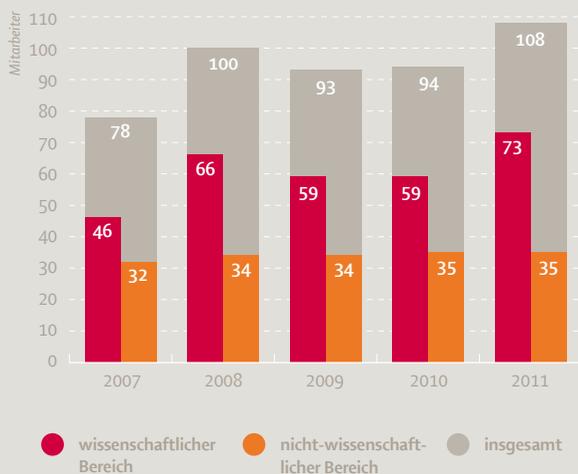
erwarten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diesen Service qualitativ hochwertig und mit viel Einsatz erbringen müssen, Anerkennung für ihre Arbeit.

Der Weg von der Verwaltung zu den Serviceeinrichtungen war also keineswegs Kosmetik. Dahinter steckt ein ernst zu nehmender Prozess, der sich vermutlich auf viele andere Institutionen übertragen ließe.

Für die Geschäftsleitung hat sich aus diesen Wegen eine große Herausforderung ergeben. Die Umbenennung der Verwaltung in Serviceeinrichtungen ist dabei nur einer von vielen Schritten. Personelle Erweiterungen und Anpassungen der Stellenausstattungen in einigen Bereichen waren die Folge. Aber auch die Umstellung der Buchhaltung und des Finanzcontrollings auf das Niveau eines mittelständischen Unternehmens sowie eine konsequente Investition in die Informationstechnik waren wichtige Schritte in diese Richtung.

Erweiterte Ansprüche auf beiden Seiten erfordern anforderungsgerechte Geschäftsabläufe und eine

Anzahl der Mitarbeiter und finanzielle Entwicklung 2007–2011



Quelle: Eigene Darstellung

sachgerechte Personal-, Stellen- und Sachausstattung, die von guten, familienfreundlichen Arbeitsbedingungen flankiert werden müssen. Auch aus diesem Grund führte das DIE erfolgreich das „audit berufundfamilie“ durch. Anhand von acht Handlungsfeldern wurde das betriebsindividuelle Entwicklungspotenzial systematisch ermittelt sowie aufeinander abgestimmte

Maßnahmen zu einer umfassenden und erfolgreichen Gesamtstrategie für das DIE entwickelt.

Die Maßnahmen zur Qualitätssicherung und zum Qualitätsausbau, denen sich das DIE in den letzten beiden Jahren verstärkt gewidmet hat, sind noch nicht abgeschlossen und werden das Institut auch in den nächsten Jahren begleiten.

Gabriele Kahnert

Gabriele Kahnert leitet die Serviceeinrichtungen des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) seit Oktober 2000. Sie ist in der Geschäftsleitung als

Prokuristin für alle finanziellen und administrativen Angelegenheiten verantwortlich.



Entwicklungspolitische Kommunikation heute

„Gute Inhalte sprechen für sich“. Diese weitverbreitete Meinung ist falsch! Gerade ein auf Politikberatung und Ausbildung ausgerichtetes Forschungsinstitut wie das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) darf sich nicht auf „Wissenschaft für Wissenschaftler“ beschränken. Wissenschaftliches Know-how braucht erfolgreiches Wissensmarketing, oder auf Neu-Deutsch: *Knowledge Marketing*. Mit dem Auf- und Ausbau der Stabsstelle Kommunikation geht das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik hier den richtigen Weg. So konnte das Institut in den vergangenen Jahren eine moderne, auf Inhalte und – unserem Politikfeld entsprechend – international ausgerichtete Kommunikation etablieren. Durch die Einführung effizienter und innovativer Marketing- und Kommunikationsinstrumente ist das DIE heute in der Lage, seine Inhalte, Empfehlungen und Strategien zielgruppenspezifisch an die Frau und den Mann zu bringen.

Mit der Einführung der Reihe „Die aktuelle Kolumne“ im Oktober 2008 (als direkte Reaktion auf die Finanz-

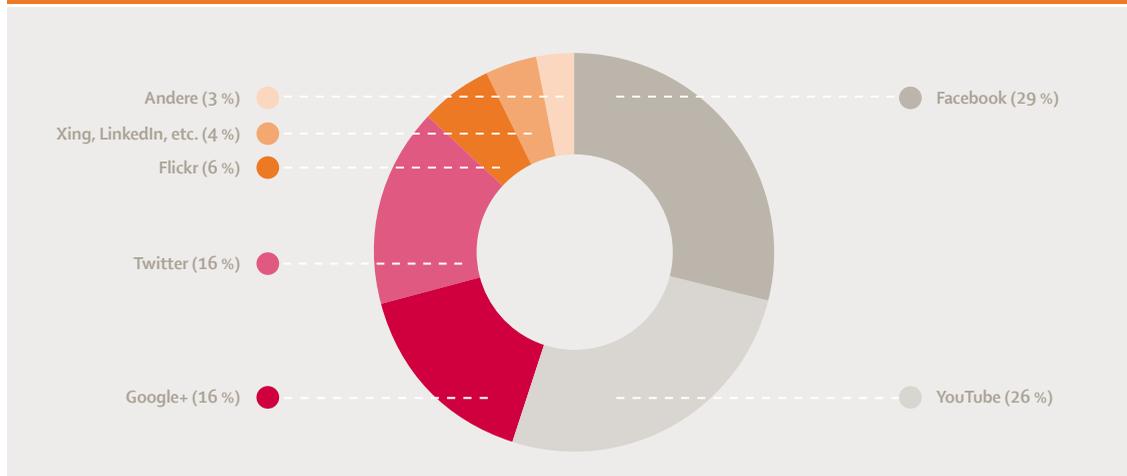
krise) verfügt das DIE – neben seinen wissenschaftlich orientierten Publikationsreihen „Analysen und Stellungnahmen“, „Briefing Paper“, „Discussion Paper“ und „Studies“ – über ein Format, das sich jeden Montag in die aktuellen (entwicklungs-)politischen Debatten einmischt und in dem sich die Autorinnen und Autoren klar positionieren. Mit 50 „Aktuellen Kolumnen“ im Jahr und deren parallele deutsch- und englischsprachige Veröffentlichung hat sich die Reihe als wichtige Informationsquelle für Politik, entwicklungspolitische Öffentlichkeit, Wissenschaft und die Medien etabliert. Durch die Medienpartnerschaft mit ZEIT Online finden die „Aktuellen Kolumnen“ darüber hinaus eine Leserschaft, die weit über die traditionellen entwicklungspolitischen Zielgruppen hinausgeht.

Überzeugen Sie sich selbst:

www.die-gdi.de/Publikationen/Die-aktuelle-Kolumne/

Die aktuellste kommunikative Neuerung ist der Relaunch der DIE-Webseite Anfang 2013. Die neue Webseite

In welchen sozialen Netzwerken recherchieren deutsche Journalisten?



Quelle: News aktuell: Recherche 2012 – Journalismus, PR und multimediale Inhalte

verdeutlicht einen Paradigmenwechsel: Weg von der auf interne Strukturen ausgerichteten Kommunikation hin zu einer aktuellen, inhaltlichen und themenorientierten Präsentation unseres wissenschaftlichen Know-hows. Eine übersichtliche Einstiegsseite präsentiert tagesaktuell Schwerpunktthemen, Nachrichten, Publikationen und Veranstaltungen, sodass zentrale Inhalte besser und schneller gefunden werden. Der neuen strategischen Ausrichtung des Instituts trägt die neue Webseite ebenfalls Rechnung, da es direkt von der Startseite eine Einstiegsmöglichkeit in die fünf abteilungsübergreifenden Narrative gibt (siehe hierzu das Strategiekapitel ab Seite 18). Darüber hinaus präsentieren wir die DIE-Webseite in einem modernen und international orientierten Design. Besuchen Sie uns unter: www.die-gdi.de

„Lesen Sie noch oder surfen Sie schon?“ Durch das Internet hat sich die Aneignung von Wissen entscheidend verändert. Wann haben Sie das letzte Mal den Brockhaus aus dem Regal gezogen? Das Weltwissen

eignet man sich heutzutage im Internet mit Hilfe von Suchmaschinen oder Wikipedia an. Doch bei jungen Menschen ist diese, inzwischen traditionelle Nutzung des Internets auf dem Rückzug. Angesagt sind Social-Media-Plattformen wie Facebook, YouTube oder Twitter. War vor allem Facebook lange Zeit innerhalb der *Intelligenzija* als unseriös verpönt, nutzen heute international renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ganz gezielt das inzwischen eine Milliarde Nutzer umfassende Facebook-Netzwerk, um ihre Ideen und Forschungsergebnisse zu präsentieren.

Auch bei der Medienarbeit werden die Sozialen Medien im wichtiger. Laut einer Online-Umfrage der dpa-Tochter news aktuell unter 1.400 Journalisten beziehen diese zwar zu jeweils 78 % ihre Inhalte aus E-Mails und Suchmaschinen, doch bereits 41 % der befragten Redakteure ist mindestens einmal wöchentlich in Social-Media-Diensten unterwegs, um dort nach Informationen zu suchen.

Auch das DIE ist u. a. bei den Social-Media-Plattformen Facebook, Google+, YouTube, LinkedIn, XING präsent und aktiv. Der DIE-Facebook-Seite folgten Ende 2012 bereits 2.800 Fans. Und es verwundert nicht, dass die größten Nutzergruppen die 25- bis 34-Jährigen gefolgt von den 18- bis 24-Jährigen sind. Doch das eigentlich Erfreuliche ist, dass wir mit unserer Facebook-Seite ein mehrheitlich internationales Publikum, vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern, erreichen. Insofern sind die Social-Media-Netzwerke heutzutage eine unverzichtbare Ergänzung entwicklungspolitischer Kommunikation.

Folgen Sie uns unter: www.facebook.com/DIE.Bonn

Eine weitere Innovation der vergangenen beiden Jahre war die Etablierung des DIE-Infokanals auf YouTube. Neben den deutsch- und englischsprachigen Kurzvideos über das DIE finden sich hier die in Eigenregie produzierten Interviewvideos. Zu den nationalen und internationalen Gästen vor der DIE-Kamera zählen

Politikerinnen und Politiker, renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, hochrangige UN- und Weltbankvertreter sowie Teilnehmende der *Global Governance School*.

Schauen Sie selbst unter: www.youtube.com/DIEnewsflash

Insgesamt liegt der Schwerpunkt der entwicklungspolitischen DIE-Kommunikation heute auf elektronischen Medien. Wir forschen nicht nur zu Umweltpolitik und Ressourcenmanagement, wir haben als Institut auch den Anspruch, ressourcenschonend und nachhaltig zu handeln. Es war deshalb nur folgerichtig, den Druck und Versand der DIE-Publikationsreihen einzuschränken und auf die elektronische Verbreitung zu setzen. Mit dem monatlichen „*Publication Update*“ steht seit Ende 2011 ein elektronischer Infoletter zur Verfügung, der in einem attraktiven Layout alle DIE-eigenen Publikationen mit kurzer Beschreibung vorstellt und eine Verlinkung zu den Autoren und zur Originaldatei herstellt.

Wie häufig recherchieren deutsche Journalisten in sozialen Netzwerken?



Quelle: News aktuell: Recherche 2012 – Journalismus, PR und multimediale Inhalte

Abonnieren Sie das *Publication Update* unter:
www.die-gdi.de/Newsletter/

Entwicklungspolitische Kommunikation heute bedient sich weiterhin der klassischen Instrumente wie Pressemitteilungen, Printpublikationen und Postversand. Auch unseren Jahresbericht stellen wir wie gewohnt in gedruckter Form zur Verfügung. Doch der Schwerpunkt liegt eindeutig auf der elektroni-

schon Kommunikation. Hierbei werden alle Kanäle des Web 1.0 und Web 2.0 bedient. Das Verständnis von entwicklungspolitischer Kommunikation wie sie am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik ausgeprägt ist, orientiert sich an einer inhaltlichen Ausrichtung, an Seriosität und am Einsatz sowohl traditioneller als auch innovativer Kommunikationsinstrumente. Die „Slogan-Kommunikation“ überlassen wir anderen.

Matthias Ruchser

Matthias Ruchser leitet die Stabsstelle Kommunikation am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Darüber hinaus publiziert er regelmäßig zu verschiedenen Energiethemen, u. a. zu erneuerbaren Energien,

Desertec und Strom aus der Wüste, nachhaltige Energie für alle sowie zur deutschen Energiewende und zur Renaissance der Kohle.





wege.denken

Sind wir richtig
ausgerichtet?

Analysen und Stellungnahmen

2012

Koblowsky, Peter/Chinwe Ifejika-Speranza:

Afrikanische Entwicklungstrends: Konkurrierende Institutionelle Arrangements für Klimapolitik: Der Fall Nigeria (Analysen und Stellungnahmen 13/2012)

Kaplan, Marcus:

Landwirtschaft in den internationalen Klimaverhandlungen: Förderung einer nachhaltigen Entwicklung oder nur zweifelhafte Emissionsminderung? (Analysen und Stellungnahmen 12/2012)

Schraven, Benjamin:

Umweltwandel und Migration: welche Handlungsperspektiven gibt es? (Analysen und Stellungnahmen 11/2012)

Berger, Axel/Julia Harten:

Welche Chancen bieten die neuen internationalen Investitionsabkommen der EU für Entwicklungsländer? (Analysen und Stellungnahmen 10/2012)

Leininger, Julia/Solveig Richter:

Der Europäische Demokratiefonds zwischen Wunsch und Wirklichkeit: flexibel und unbürokratisch? (Analysen und Stellungnahmen 9/2012)

Mahn, Timo Casjen:

Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit der Vereinten Nationen: steigende Beiträge, aber weniger Multilateralismus (Analysen und Stellungnahmen 8/2012)

Loewe, Markus/Nicole Rippin:

Globale Armutsstrukturen im Wandel (Analysen und Stellungnahmen 7/2012)

Vollmer, Frank:

Die „neue“ Sichtbarkeit: zur Auflösung des Zielkonfliktes zwischen der Wirksamkeit und Sichtbarkeit der Entwicklungszusammenarbeit (Analysen und Stellungnahmen 6/2012)

Bauer, Steffen/Silke Weinlich:

Die Zukunft der UN-Nachhaltigkeits-Architektur: Erwartungen an den „Rio+20“-Gipfel (Analysen und Stellungnahmen 5/2012)

**Houdret, Annabelle/Elke Herrfahrdt-Pähle/
Ines Dombrowsky/Waltina Scheumann:**

Nachhaltiges Wassermanagement durch Green Economy? (Analysen und Stellungnahmen 4/2012)

Klingebl, Stephan:

Entwicklungszusammenarbeit: Auslaufmodell oder Entwicklungsmotor für Subsahara-Afrika? (Analysen und Stellungnahmen 3/2012)

Faust, Jörg:

Ist die Erde eine Scheibe oder ein Würfel? Politische Konditionalität, Entwicklungshilfe und Demokratie (Analysen und Stellungnahmen 2/2012)

Herrfahrdt-Pähle, Elke/Birte Rodenberg:

Der Weltentwicklungsbericht 2012 "Gender equality and development": konzeptioneller Wendepunkt bei gleichbleibender Praxis? (Analysen und Stellungnahmen 1/2012)

2011

Faust, Jörg/Svea Koch/Stefan Leiderer:

Gemeinschaftliche Budgethilfe: Geberkoordinierung als zentrale Herausforderung (Analysen und Stellungnahmen 19/2011)

Vorrath, Judith:

Afrikanische Entwicklungen: Politische Trends der jüngsten Wahlen in Subsahara-Afrika (Analysen und Stellungnahmen 18/2011)

Garcia, Maria Melody:

Good Governance wirksamer fördern: Argumente zur Ausweitung rigoroser Wirkungsevaluierung (Analysen und Stellungnahmen 17/2011)

Ashoff, Guido:

Was hat die Paris-Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit gebracht?
Ergebnisse der internationalen Evaluierung und Schlussfolgerungen für die deutsche EZ
(Analysen und Stellungnahmen 16/2011)

Klingebl, Stephan:

Ergebnisbasierte Entwicklungszusammenarbeit:
Grenzen neuer Ansätze
(Analysen und Stellungnahmen 15/2011)

Breuer, Anita:

Demokratieförderung im Zeitalter Sozialer Medien:
Risiken und Chancen
(Analysen und Stellungnahmen 14/2011)

Brüntrup, Michael/Clara Brandi/Nikolai Fuchs:

Sonderrolle der Landwirtschaft : Einsichten aus der Agonie der Doha-Runde für eine entwicklungsfreundliche Agrarhandelspolitik
(Analysen und Stellungnahmen 13/2011)

Berensmann, Kathrin:

Afrikanische Entwicklungstrends: Lektionen aus der globalen Finanzkrise
(Analysen und Stellungnahmen 12/2011)

Furness, Mark:

Die Finanzierung von Sicherheit und Entwicklung: der Problemfall Afrikanische Friedensfazilität
(Analysen und Stellungnahmen 11/2011)

Berensmann, Kathrin/Clara Brandi:

Finanzkrise und internationaler Handel: Folgen für Entwicklungsländer
(Analysen und Stellungnahmen 10/2011)

Horstmann, Britta/Imme Scholz:

Kriterien der Lastenteilung und Allokation im UN-Klimaregime: weder gerecht noch wirksam
(Analysen und Stellungnahmen 9/2011)

Von Haldenwang, Christian:

Die Besteuerung nicht erneuerbarer Ressourcen in Entwicklungsländern
(Analysen und Stellungnahmen 8/2011)

Berensmann, Kathrin/Thomas Fues/Ulrich Volz:

Die G20: Rolle und Herausforderungen
(Analysen und Stellungnahmen 7/2011)

Weinlich, Silke:

Die Reform der UN-Entwicklungszusammenarbeit: eine neue multilaterale Reformkoalition ist notwendig
(Analysen und Stellungnahmen 6/2011)

Klingebl, Stephan/Timo Mahn:

Die Reform der öffentlichen Finanzsysteme in Entwicklungsländern als Beitrag zur Verbesserung der Regierungsführung
(Analysen und Stellungnahmen 5/2011)

Herrfahrdt-Pähle, Elke/Sabine Stuart-Hill:

Afrikanische Entwicklungstrends: Anpassung an den Klimawandel als Herausforderung für afrikanische Wasser-Governance
(Analysen und Stellungnahmen 4/2011)

Gravingholt, Jörn u.a.:

Der Einfluss Chinas, Russlands und Indiens auf die Zukunft der Demokratie im euro-asiatischen Raum
(Analysen und Stellungnahmen 3/2011)

Lundsgaarde, Erik:

Afrikanische Entwicklungen: traditionelle bilaterale Geber am Scheideweg
(Analysen und Stellungnahmen 2/2011)

Brüntrup, Michael:

Afrikanische Entwicklungstrends: das Comprehensive Africa Agriculture Development Programme CAADP ist eine Chance für Afrikas Landwirtschaft
(Analysen und Stellungnahmen 1/2011)

Briefing Paper

2012

Schraven, Benjamin:

Environmental Change and Migration: Perspectives for Future Action
(Briefing Paper 15/2012)

Furness, Mark/Mario Negre:

Can the EU Confront Inequality in Developing Countries?
(Briefing Paper 14/2012)

Weinlich, Silke/Urs Zollinger:

Lessons from Delivering as One – Options for UN Member States
(Briefing Paper 13/2012)

Berger, Axel/Julia Harten:

What Opportunities Do the New EU International Investment Agreements Offer for Developing Countries?
(Briefing Paper 12/2012)

Leininger, Julia/Solveig Richter:

The European Endowment for Democracy between Wishful Thinking and Reality: Flexible and unbureaucratic?
(Briefing Paper 11/2012)

Mallik, Vidyadhar:

Community and Local Governance for Peace and Development in Nepal
(Briefing Paper 10/2012)

Brandi, Clara et al.:

Sustainability Standards and Certification: Towards sustainable palm oil in Indonesia?
(Briefing Paper 9/2012)

Mahn, Timo:

The Financing of Development Cooperation at the United Nations: Why more means less
(Briefing Paper 8/2012)

Koblowsky, Peter/Chinwe Ifejika-Speranza:

African Developments: Competing Institutional Arrangements for Climate Policy: The case of Nigeria
(Briefing Paper 7/2012)

Bauer, Steffen/Silke Weinlich:

Rio+20 and the future of the UN sustainability architecture: what can we expect?
(Briefing Paper 6/2012)

Houdret, Annabelle/Elke Herrfahrdt-Pähle/

Ines Dombrowsky/Waltina Scheumann 2012:
Sustainable water management through green economy?
(Briefing Paper 5/2012)

Vollmer, Frank:

Visibility vis-à-vis effectiveness of aid: looking for the third way
(Briefing Paper 4/2012)

Loewe, Markus/Nicole Rippin:

Changing global patterns of poverty
(Briefing Paper 3/2012)

Herrfahrdt-Pähle, Elke/Birte Rodenberg:

The World Development Report 2012 „Gender Equality and Development“: conceptual turning point: but no change in practice?
(Briefing Paper 2/2012)

Klingebiel, Stephan:

Aid: dinosaur or development engine for Sub-Saharan Africa?
(Briefing Paper 1/2012)

2011

Rippin, Nicole:

A response to the weaknesses of the Multidimensional Poverty Index MPI: the correlation Sensitive Poverty Index CSPI
(Briefing Paper 19/2011)

Vorrath, Judith:

African developments: political trends in recent elections in Sub-Saharan Africa
(Briefing Paper 18/2011)

Klingebiel, Stephan:

Results based aid: limitations of new approaches
(Briefing Paper 17/2011)

Berensmann, Kathrin/Thomas Fues/Ulrich Volz:

The G20: its role and challenges
(Briefing Paper 16/2011)

Horstmann, Britta/Imme Scholz:

Burden-sharing and allocation criteria under the UN
climate regime: neither fair nor effective
(Briefing Paper 15/2011)

Brüntrup, Michael/Clara Brandi/Nikolai Fuchs:

Agriculture is Special: Conclusions Drawn from the Death
Throes of the Doha Round for a Development-friendly
Agricultural Trade Policy
(Briefing Paper 14/2011)

Berensmann, Kathrin/Clara Brandi:

The Financial Crisis and International Trade – The
Consequences for Developing Countries
(Briefing Paper 13/2011)

Breuer, Anita:

Democracy promotion in the age of social media: risks and
opportunities
(Briefing Paper 12/2011)

Garcia, Maria Melody:

Improving donor support for governance: the case for
more rigorous impact evaluation
(Briefing Paper 11/2011)

Berensmann, Kathrin:

African development trends: lessons learnt from the global
financial crisis
(Briefing Paper 10/2011)

Leininger, Julia:

Prestação de contas através do diálogo: a Presidência
Aberta e Inclusiva em Moçambique
(Briefing Paper 9/2011)

Faust, Jörg/Stefan Leiderer/Svea Koch:

Multi-donor budget support: only halfway to effective
coordination
(Briefing Paper 8/2011)

Furness, Mark:

Sustaining EU financing for security and development:
the difficult case of the African peace facility
(Briefing Paper 7/2011)

Leininger, Julia:

Accountability through dialogue: the Presidência Aberta e
Inclusiva in Mozambique
(Briefing Paper 6/2011)

von Haldenwang, Christian:

Taxation of non-renewable natural resources: what are the
key issues?
(Briefing Paper 5/2011)

Brüntrup, Michael:

African developments: the comprehensive Africa
Agriculture Development Programme CAADP is an
opportunity for African agriculture
(Briefing Paper 4/2011)

Klingebiel, Stephan/Timo Mahn:

Reforming public financial management systems in
developing countries as a contribution to the improvement
of governance
(Briefing Paper 3/2011)

Gravingholt, Jörn et al.:

The influence of China, Russia and India on the future of
democracy in the Euro-Asian region
(Briefing Paper 2/2011)

Weinlich, Silke:

Reform of the UN development system: new multilateralist
reform coalition needed
(Briefing Paper 1/2011)

Discussion Paper

2012

Lema, Rasmus/Axel Berger/Hubert Schmitz:

How China is Reshaping the Global Wind Power Industry
(Discussion Paper 16/2012)

Volz, Ulrich:

The Need and Scope for Strengthening Co-operation
between Regional Financing Arrangements and the IMF
(Discussion Paper 15/2012)

Klingebiel, Stefan:

Results-based Aid (RBA): New aid approaches, limitations
and the application to promote good governance
(Discussion Paper 14/2012)

Koch, Svea:

From Poverty Reduction to Mutual Interests? : The debate
on differentiation in EU development policy
(Discussion Paper 13/2012)

Altenburg, Tilman/Tobias Engelmeier:

Rent Management and Policy Learning in Green Technology
Development: The case of solar energy in India
(Discussion Paper 12/2012)

Gehrke, Esther:

Short-term Effects of the Global Economic and Financial
Crisis on Households in three Developing Countries
(Discussion Paper 11/2012)

Breuer, Anita:

The Role of Social Media in Mobilizing Political Protest:
Evidence from the Tunisian revolution
(Discussion Paper 10/2012)

Becker, Bastian/Doris Fischer:

Promoting renewable electricity generation in emerging
economies
(Discussion Paper 9/2012)

Hoang, Ha:

How to evaluate budget support conditionality and policy
dialogue: using the qualitative approach to causality
(Discussion Paper 8/2012)

Faust, Jörg/Sebastian Ziaja:

German aid allocation and partner country selection:
development-orientation, self-interests and path
dependency
(Discussion Paper 7/2012)

Hensengerth, Oliver/Ines Dombrowsky/

Waltina Scheumann:
Benefit-sharing in dam projects on shared rivers
(Discussion Paper 6/2012)

Faust, Jörg:

Poverty, politics and local diffusion: resource allocation in
Bolivia's decentralised social fund
(Discussion Paper 5/2012)

Marino, Roberto/Ulrich Volz:

A critical review of the IMF's tools for crisis prevention
(Discussion Paper 4/2012)

Gravingholt, Jörn/Sebastian Ziaja/Merle Kreibaum:

State fragility: towards a multi-dimensional empirical
typology
(Discussion Paper 3/2012)

Dafe, Florence:

The politics of central banking and implications for
regulatory reform in sub-Saharan Africa: the cases of Kenya,
Nigeria and Uganda
(Discussion Paper 2/2012)

Weimer, Bernhard:

Municipal tax base in Mozambique: high potential – low
degree of utilization
(Discussion Paper 1/2012)

2011

Chan, Stephen:

Mercy and the structures of the world: Third Hans Singer
Memorial Lecture
(Discussion Paper 14/2011)

Brandi, Clara/Matthias Helble:

The end of GATT-WTO history? – Reflections on the future of the post-Doha World Trade Organization
(Discussion Paper 13/2011)

Faust, Jörg:

Donor transparency and aid allocation
(Discussion Paper 12/2011)

Scheumann, Waltina et al:

Sürdürülebilir baraj yapımı için: Çevresel korumanın önemi; Türkiye örnek olayı
(Discussion Paper 11/2011)

Krause, Matthias/Friedrich Kaufmann:

Industrial policy in Mozambique
(Discussion Paper 10/2011)

Gehrke, Esther:

Can micro-insurance cover natural risks?
(Discussion Paper 9/2011)

Grimm, Sonja/Gerald Schneider:

Predicting social tipping points: current research and the way forward
(Discussion Paper 8/2011)

Garcia, Maria Melody:

Micro-methods in evaluating governance interventions
(Discussion Paper 7/2011)

Theesfeld, Insa et al.:

Adapting agricultural water governance to climate change: experience from Germany, Spain and California
(Discussion Paper 6/2011)

Ifejika Speranza, Chinwe:

Promoting gender equality in responses to climate change: the case of Kenya
(Discussion Paper 5/2011)

Altenburg, Tilman:

Industrial policy in developing countries: overview and lessons from seven country cases
(Discussion Paper 4/2011)

Hensengerth, Oliver:

Interaction of Chinese institutions with host governments in dam construction: the Bui dam in Ghana
(Discussion Paper 3/2011)

Dafe, Florence:

The potential of pro-market activism as a tool for making finance work for Africa
(Discussion Paper 2/2011)

Erdle, Steffen:

Industrial policy in Tunisia
(Discussion Paper 1/2011)

Studies

2012

Leiderer, Stefan et al.:

Efficiency of Local Service Provision in Zambia's Health, Education and Road Sectors: Implications for Decentralisation and the Effectiveness of Budget Support (Studies 71)

Ashoff, Guido et al.:

Wirkungsanalyse des Deutsch-Peruanischen Gegenwertfonds (Studies 70)

Lundsgaarde, Erik et al.:

Private Foundations and Development Cooperation: Insights from Tanzania (Studies 69)

Leiderer, Stefan/Jörg Faust:

Evaluation of Budget Support in Zambia: Implementation, direct effects and political economy (Studies 68)

Vollmer, Frank:

Increasing the visibility and effectiveness of development cooperation: how to reconcile two competing objectives? (Studies 67)

Vidican, Georgeta:

Building domestic capabilities in renewable energy: a case study of Egypt (Studies 66)

Van de Sand, Isabel:

Assessing vulnerability to climate variability and change: participatory assessment approach and Kenyan case study (Studies 65)

Ashoff, Guido et al.:

Evaluación del "Fondo de planificación estratégica e implementación de reformas autofinanciadas en Chile" (Studies 64)

Ashoff, Guido et al.:

Evaluierung des deutsch-chilenischen „Fonds zur strategischen Planung und Umsetzung eigenfinanzierter Reformen“ (Studies 63)

2011

Fues, Thomas/LIU Youfa (eds.):

Global governance and building a harmonious world: a comparison of European and Chinese concepts for international affairs (Studies 62)

Weikert, Jochen:

Re-defining 'good business' in the face of Asian drivers of global change: China and the global corporate social responsibility discussion (Studies 61)

Hampel-Milagrosa, Aimée:

The role of regulation, tradition and gender in doing business: case study and survey report on a two-year research project in Ghana (Studies 60)

Weinlich, Silke:

Reforming development cooperation at the United Nations: an analysis of policy position and actions of key states on reform options (Studies 59)

Chahoud, Tatjana et al.:

Corporate Social Responsibility CSR and Black Economic Empowerment BEE in South Africa: a case study of German transnational corporations (Studies 58)

Neubert, Susanne et al.:

Agricultural development in a changing climate in Zambia: increasing resilience to climate change and economic shocks in crop production (Studies 57)

Grimm, Sven et al.:

Coordinating China and DAC development partners: challenges to the aid architecture in Rwanda (Studies 56)

Externe Buchveröffentlichungen

2012

Gänzle, Stefan/Sven Grimm/Davina Makhan (eds.):

The European Union and global development: an ‚enlightened superpower‘ in the making?
Houndmills: Palgrave Macmillan, 2012
ISBN: 978-0230319677

**Htun, Nay/Yi Jiang/Devinder Mahajan/Dirk Messner/
Richard Templer (eds.):**

Low-carbon society for a green economy
Special Issue on: Journal for Renewable and Sustainable
Energy 4 (4), 2012

Te Velde, Dirk Willem/Imme Scholz/James Mackie:

European report on development 2012: confronting
scarcity; managing water, energy and land for inclusive and
sustainable growth
Brussels: European Commission, 2012
ISBN 978-92-79-23161-2

Altenburg, Tilman (Guest ed.):

Sustainability-oriented innovation systems in China and India
Innovation and Development 2 (1), Special Issue, 2012

**Chaturvedi, Sachin/Thomas Fues/
Elizabeth Sidiropoulos (eds.):**

Development cooperation and emerging powers: new
partners or old patterns?
London/New York: ZED Books, 2012
ISBN: 9781780320632

Volz, Ulrich (ed.):

Financial stability in emerging markets: dealing with global
liquidity
Bonn: E-Publication, Deutsches Institut für Entwicklungs-
politik (DIE), 2012

Erik Lundsgaarde (ed.):

Africa Toward 2030: Challenges for Development Policy
Palgrave Macmillan, 2011
ebook ISBN: 9780230362154
Print ISBNs: 9780230279902 HB 9780230362185

Freistein, Katja/Julia Leininger (Hrsg.):

Handbuch internationale Organisationen: theoretische
Grundlagen und Akteure
München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, 2011
ISBN: 978-3-486-58310-6

Schellhuber, Hans Joachim/Dirk Messner et al.:

Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große
Transformation
Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale
Umweltveränderungen WBGU, Hauptgutachten 2011
ISBN: 978-3936191462

Schellhuber, Hans Joachim/Dirk Messner et al.:

World in transition: a social contract for sustainability
Berlin: German Advisory Council on Global Change
(WBGU), Flagship Report 2011
ISBN: 978-3936191370

**Kibaroglu, Aysegül/Waltina Scheumann/
Annika Kramer (eds.):**

Turkey's water policy: national frameworks and international
cooperation
Heidelberg: Springer, 2011
ISBN: 978-3642196355

Kumar, Ashwani/Dirk Messner (eds.):

Power shifts and global governance: challenges from South
and North
London: Anthem Press, 2011
ISBN: 978-1-84331-831-6 Hard Copy
ISBN: 978-1-84331-834-7 Paperback

Volz, Ulrich (ed.):

Regional integration, economic development and global
governance
Cheltenham: Elgar, 2011
ISBN: 978-1849809146

wege.sehen

Wie viel Zeit
haben wir?



Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Geschäftsführung					
Prof. Dr. Dirk Messner <i>Direktor</i>			Dr. Imme Scholz <i>Stellv. Direktorin</i>		
Dr. Guido Ashoff <i>Wiss. Mitarbeiter</i>	Dr. Alejandro Guarin <i>Wiss. Mitarbeiter</i>	Dr. John Akude <i>Wiss. Mitarbeiter</i>	Antje Girndt <i>Assistentin</i>	Melanie Nohroudi <i>Projekt-Koordination</i>	Elke Brüninghaus <i>Sekretariat</i>
Abteilung: Bi- und multilaterale Entwicklungspolitik	Abteilung: Wettbewerbsfähigkeit und soziale Entwicklung	Abteilung: Governance, Staatlichkeit, Sicherheit	Abteilung: Umweltpolitik und Ressourcenmanagement		
<p><u>Dr. Stephan Klingebiel</u> Dr. Mark Furness Christine Hackenesch Heiner Janus Svea Koch Stefan Leiderer Dr. Erik Lundsgaarde Timo Mahn Dr. Mario Negre Sebastian Paulo Elena Pietschmann Dr. Frank Vollmer</p> <p>Dr. Sven Grimm (beurlaubt)</p> <p>Geschäftsstelle <i>Projekt-Koordination:</i> Benjamin Heil <i>Sekretariat:</i> Fatia Elsermann</p>	<p><u>Dr. Tilman Altenburg</u> Shikha Bhasin Dr. Michael Brüntrup Aurelia Figueroa Esther Gehrke Dr. Aimée Hampel-Milagrosa Raoul Herrmann Dr. Oliver Johnson Dr. Markus Loewe Dr. Anna Pegels Carolin Reeg Nicole Rippin Dr. Andreas Stamm Dr. Georgeta Vidican</p> <p>Dr. Matthias Krause (beurlaubt)</p> <p>Geschäftsstelle <i>Projekt-Koordination:</i> Thomas M. Kuklok <i>Sekretariat:</i> Ina Klemke</p>	<p><u>Dr. Jörg Faust</u> Lilli Banholzer Dr. Anita Breuer Dr. Maria Melody Garcia Dr. Jörn Grävingsholt Dr. Christian von Haldenwang Dr. Julia Leininger Armin von Schiller Calle Sebastian Ziaja Dr. Kimana Zulueta-Fülscher</p> <p>Geschäftsstelle <i>Projekt-Koordination:</i> Melanie Nohroudi <i>Sekretariat:</i> Gisela Kuhlmann</p>	<p><u>Dr. Ines Dombrowsky</u> Dr. Steffen Bauer Jonas Hein Dr. Elke Herrfardt-Pähle Britta Horstmann Hannes Hotz Dr. Annabelle Houdret Dr. Marcus Kaplan Pieter Pauw Dr. Carmen Richerzhagen Isabel van de Sand Dr. Waltina Scheumann Dr. Benjamin Schraven Dr. Katharina Stepping</p> <p>Dr. Susanne Neubert (beurlaubt)</p> <p>Geschäftsstelle <i>Projekt-Koordination:</i> Julia Brandt <i>Sekretariat:</i> Ina Gampfer</p>		
Arbeitsgruppe Global Governance und Entwicklungspolitik			Arbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika		
<p>Prof. Dr. Dirk Messner Dr. Tilman Altenburg</p> <p>Dr. Steffen Bauer Dr. Kathrin Berensmann Dr. Jörg Faust Dr. Thomas Fues Dr. Imme Scholz Dr. Andreas Stamm</p>			<p>Dr. Julia Leininger</p> <p>Dr. Steffen Bauer Dr. Michael Brüntrup Christine Hackenesch Raoul Herrmann Dr. Erik Lundsgaarde Dr. Peter Wolff</p> <p>Dr. Clara Brandi Florence Dafe Dr. Elke Herrfardt-Pähle Britta Horstmann Stefan Leiderer Dr. Waltina Scheumann</p>		

Impressum

Stabsstelle Kommunikation		
<u>Matthias Ruchser</u> Marie Philippsenburg Juan Salas	Tanja Vogel Michaela Waltersdorfer	
Abteilung: Weltwirtschaft und Ent- wicklungsfinanzierung	Abteilung: Ausbildung	Serviceeinrichtungen
<u>Dr. Peter Wolff</u> Dr. Kathrin Berensmann Axel Berger Ingo Bordon Dr. Clara Brandt Florence Dafe Dr. Birgit Schmitz Dr. Ulrich Volz	<u>Dr. Thomas Fues</u> Johannes Blankenbach Dr. Regine Mehl Dr. Tatjana Reiber <i>Jeanne Lätt</i> (beurlaubt) Nachkontakte: Dr. Regine Mehl Sabine Middecke Geschäftsstelle Bettina Beer Elke Brüninghaus <i>Sekretariat:</i> Sabine Middecke	<u>Gabriele Kahnert</u> Allg. Verwaltung Ulrike Biederbeck Heiko Doerschel Lara Eulberg Paul Gross Rebeka Hentschel Vitaliy Isaakov Alexander Knabe Sergej Lehmacher Regina Oettel Jennifer Rutowski Patrycja Schubert Edith Schwarz Daniel Sessink Heike Strecke Boris Ueding Bernd Weingartz Bibliothek Renate Scholten Andrea Nepicks Petra Vogel Dokumentation Heike Großer <i>Mairet Siemssen</i> (beurlaubt) Veröffentlichungen Renate Bugdoll Andrea Nepicks 12.2012
Regionalexpertise		
Subsahara-Afrika Dr. Julia Leininger Naher Osten, Nordafrika Dr. Markus Loewe Lateinamerika Dr. Christian von Haldenwang Asien Dr. Ulrich Volz Mittel- und Osteuropa, ehem. SU Dr. Jörn Grävingsholt		

Herausgeber

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik gGmbH (DIE)
Tulpenfeld 6
53113 Bonn
Deutschland
Telefon: +49 (0)228-94927-0
Telefax: +49 (0)228-94927-130
DIE@die-gdi.de
www.die-gdi.de
www.facebook.com/DIE.Bonn

Redaktion

Matthias Ruchser
Leiter der Stabsstelle
Kommunikation

Bildnachweise

Seite 6 und Umschlag: Deutsches
Institut für Entwicklungspolitik
Seite 8: BMZ
Seite 10: Landesregierung NRW
Seiten 5, 13, 22, 37, 46 und 77:
Fotolia
Seite 56: Getty Images
Seite 66: Corbis

Gestaltung

DMKZWO GmbH & Co. KG, Köln
www.dmkzwo.com

Redaktionsschluss

Dezember 2012

Copyright

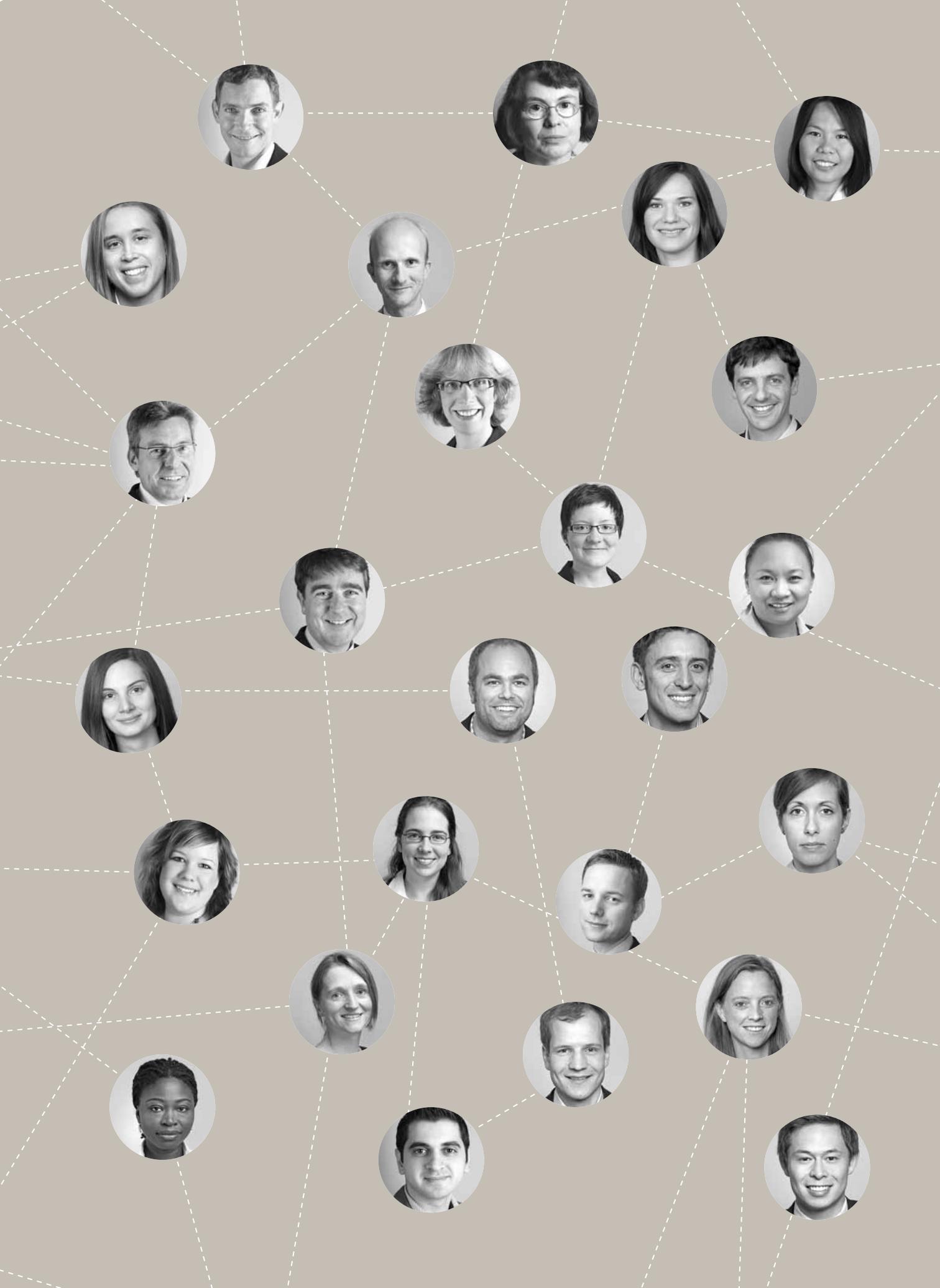
© Deutsches Institut
für Entwicklungspolitik, 2012

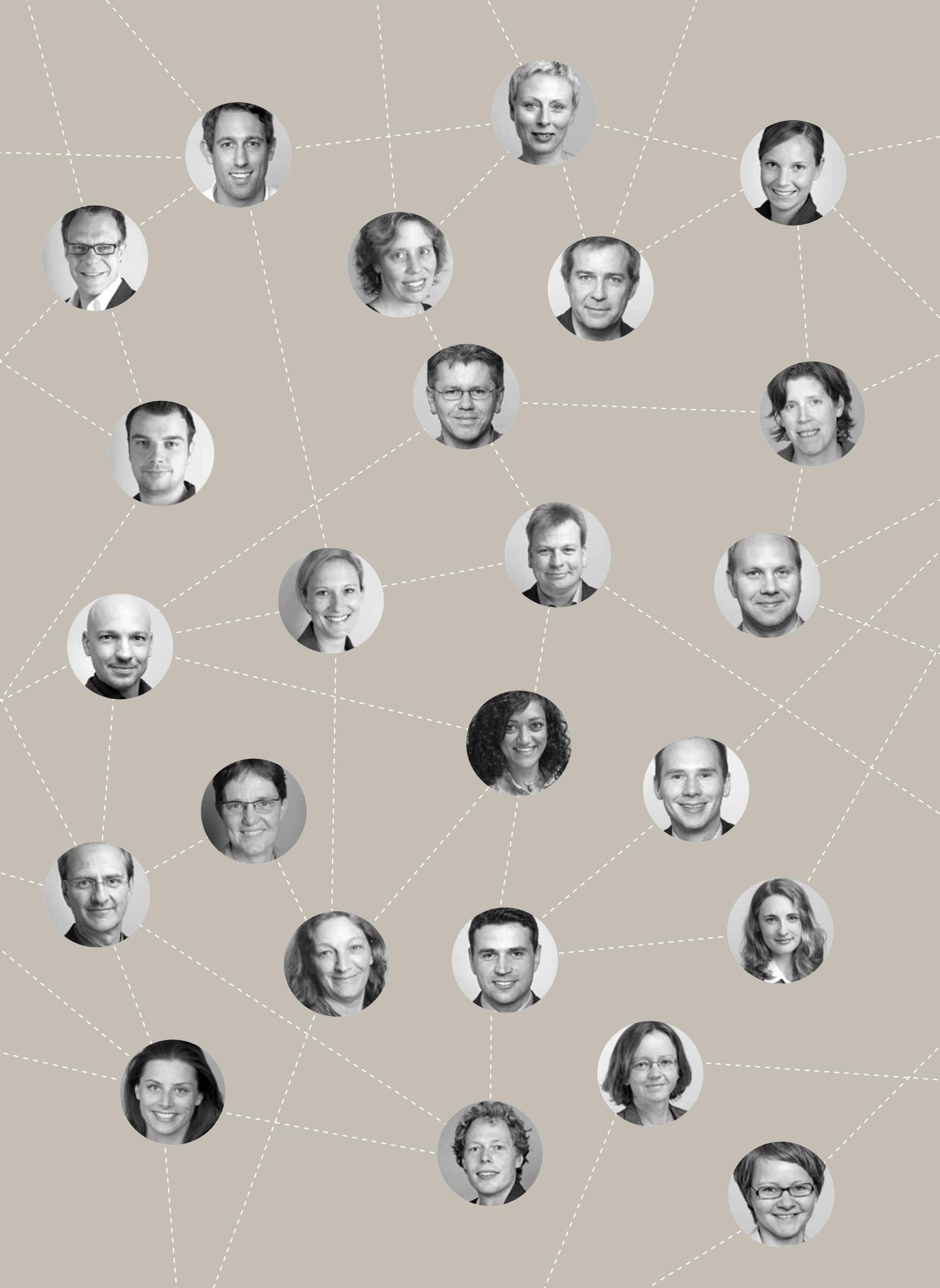
ISBN 978-3-88985-620-3

ISSN 2190-2224

DIE Köpfe







DIE Köpfe



Kuratorium

Gudrun Kopp, MdB (Vorsitzende des Kuratoriums)

Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Berlin

Alexander Baum

EU Ambassador and Head of Delegation to Malawi, European External Action Service, Brüssel

Peter Croll

Direktor a.D., Bonn International Center for Conversion (BICC) GmbH, Bonn

MD Viktor Elbling

Leiter der Abteilung für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung, Auswärtiges Amt, Berlin

Prof. Dr. Doris Fuchs

Westfälische Wilhelms-Universität, Münster

Prof. Dr. Ulrike Grote

Institut für Umweltökonomik und Welthandel (IUW), Leibniz Universität Hannover (ab Februar 2012)

Dr. Herbert Jakoby

Abteilungsleiter „Europa, Internationale Angelegenheiten und Medien“, Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Dr. Monika Kramme

Leiterin der Gruppe „Europäische und Internationale Zusammenarbeit“, Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf (ab November 2012)

Wolfgang Kroh

Vorstandsmitglied a.D., KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main

Prof. Dr. Wilhelm Löwenstein

Geschäftsführender Direktor, Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik (IEE), Ruhr-Universität Bochum

Dr. Wolfgang Lutterbach

Bundesvorstand, Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin

Cornelia Richter

Mitglied des Vorstands, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Eschborn

Prof. Dr. Udo Steffens

Präsident und Vorsitzender der Geschäftsführung, Frankfurt School of Finance & Management gGmbH, Frankfurt am Main (ab Mai 2011)

Prof. Dr. Claudia Warning

Vorstand Internationale Programme und Inlandsförderung, Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Berlin

MR'in Margitta Wülker-Mirbach

Leiterin des Referats „Entwicklungspolitik, Vereinte Nationen, UNCTAD“, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), Berlin

Ausgeschieden:

LMR Peter Franke

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf (bis November 2011)

Prof. Dr. Ulrich Hiemenz

Direktor a.D., Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn (bis Dezember 2011)

Brücken bauen zwischen
Theorie und Praxis
**Building bridges between
research and practice**